Die IWW. und die AAU.*)

Von Josef Wagner, Vorsitzender des Allgemeinen Exekutiv-Komitees der IWW.

Der Artikel, den wir in der letzten Ausgabe unserer Zeitung unter dem obigen Titel veröffentlichten, zeigt noch einmal das Interesse, das die revolutionären Arbeiter Deutschlands und anderswo an der IWW. haben. Der AAU.-Artikel tut kund, daß unsere Korrespondenz ihre Mitgliedschaft mit revolutionärem Stolz erfüllt. Solch eine Anerkennung sollte mehr als irgend etwas uns zu verdoppelter Tätigkeit anspornen, denn Handlungen sprechen lauter als Worte. Obgleich wir nicht in direkter Verbindung mit irgend internationalen Arbeiterorganisationen stehen, ist die IWW. durch ihre Taten als ein lebender Faktor in der internationalen Arbeiterbewegung anerkannt worden. Die Schrift der deutschen Arbeiterkameraden ist eine Art allgemeiner Kritik der revolutionären Situation und wir sind aufgefordert worden, von unserem IWW.-Standpunkt zu antworten und zu kritisieren. Seitdem diese Korrespondenz stattfindet, sind wir von zwei Repräsentanten der AAU., die jetzt in Chikago leben, besucht worden und so wurden die geschriebenen Argumente durch persönliche Unterhaltung ergänzt. Da eine Menge neuer Fragen berührt worden sind, wollen wir versuchen, sie zum Nutzen der Leser der AAU.-Presse zu beantworten und wir hoffen, daß diese Antwort auch von Interesse für viele unserer Leser sein wird. Um die Sache fortzuführen, und zum besseren Verständnis derselben, faßt uns kurz die Geschichte dieser Korrespondenz zwischen der IWW. und den Arbeiterkameraden, welche in der AAU. Deutschlands zusammengeschlossen sind, wiederholen.

Die KAPD. (Antiparlamentarische politische Partei) hielt im April 1928 eine Konferenz ab, in der beschlossen worden war, dem revolutionären Proletariat in der IWW. eine Adresse zu schicken. Dieses Schreiben enthielt nicht nur ihre wärmsten Grüße, sondern drückte auch ihren Wunsch aus, daß durch die gegenseitige Presse die Probleme, welche dem revolutionären Proletariat gegenüberstehen und die Differenzen, welche zwischen den Ansichten der IWW. und der AAU. bestehen, brüderlich diskutiert werden möchten. Die Adresse wurde seinerzeit in der Presse der beiden Organisationen veröffentlicht, von einer Antwort des Vorsitzenden der Allgemeinen Exekutive der IWW. begleitet. Darin wurden die Grüße von seiten der IWW. ebenso erwidert und in freundschaftlicher Weise daran erinnert, daß vor vielen Jahren die AAU. ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt hatte, ihre Kräfte mit denen der IWW. zu vereinen, daß aber dem entgegen sie eine Hilfstruppe, eine politische Partei geschaffen hätte. Und es wurde ihr ebenso kurz und bestimmt gesagt, daß ein solcher Standpunkt dem Standpunkt der IWW. diametral entgegengesetzt sei. Diese sucht die täglichen sowohl als die Endziele des Proletariats durch Erobernng der Substanz, d. h. durch Eroberung der Produktionsmittel zu erreichen, anstatt eine verzebliche Jagd hinter dem Schatten (der politischen Macht) zu unternehmen. Unsere Antwort wurde in verschiedenen Ausgaben der AAU.-Presse ausführlich wiederzegeben und dann schrieben sie eine Antwort zu unseren Behauptungen. Sie gaben aufs neue ihren Standpunkt kund, ihren Wunsch, die Diskussion fortzusetzen, ihre Antwort zu publizieren und ihre Argumente zu kritisieren. Hier unsere Antwort:

Aufbau.

Nach ihren Angaben ist die AAU. auf Betriebsorganisationen als die Einheit der allgemeinen Organisation aufgebaut. Alle diese Betriebsorganisationen zusammen bilden die AAU. Diese verschiedenen Betriebsorganisationen, gleichzeitig welcher Industrie, bilden Lokalorganisationen und diese wiederum bilden wirtschaftliche Distriktsorganisationen in einem gezebenen geographischen Territorium. Natürlich wird das Schwergewicht auf die Tatsache gelegt, daß kein Teil dieser Organisation von oben kontrolliert oder kommandiert wird, daß im Gegenteil die Masse zu jeder Zeit Herr der Ziele und der Geschäfte der bestimmten Betriebsorganisation, ihrer Tätigkeit sowohl als der ganzen Organisation sei.

In der IWW. sind ebenso die kleinsten Einheiten die Betriebsorganisationen, aber die wirklichen organisatorischen Glieder sind die Industrieorganisationen. Die Lokalorganisation und die Betriebszweige der IWW. sind nur Unterteile der Industrieorganisation. Auch die IWW. hat seit ihrer Gründung die größte Vorsicht daraufverwandt, daß die Masse zu jeder Zeit voll und ganz die Kontrolle sowohl der ganzen Organisation als ihrer einzelnen Teile haben würde.

Die strukturellen Unterschiede der beiden Organisationen sind sehr groß. Während die AAU., nachdem sie sich voll ausgewachsen hätte, aus zahlreichen halb autonomen Betriebsorganisationen bestehen würde, die hauptsächlich nur aus Ideen und revolutionären Grundsätzen zusammengeschlossen ist, würde die IWW. bei größerer Ausdehnung nur aus einigen wenigen Industrieorganisationen zusammengesetzt sein und sogar diese würden in ungefähr konstante wirtschaftliche Abteilungen zusammengeschweißt sein. Alle Betriebsorganisationen der IWW., mbeschadet in welcher Gegend, werden Teile der bestimmten Industrieorganisation. Selbstverständlich haben diese Betriebsorganisationen der IWW. ihr bestimmtes Feld der Tätigkeit als auch einen gewissen Teil von Autonomie. Ebenso die lokalen Industrieorganisationen: aber alle ihre Handlungen müssen ein Teil der allgemeinen Tätigkeit der bestimmten Industrieorganisation sein, zu der sie durch die Art ihrer Industrie gehören. Sie handeln in der IWW. durch ihre Industrieorganisation, welche der Hauptbestandteil der IWW. ist.

Die AAU. schreibt in ihrem offiziellen Programm, daß von ihrem Standpunkt eine Diskussion über die Form der Organisation „nur leere Wortkämpfe" sind. Die IWW. ist weit davon entfernt, mit diesem Punkt übereinzustimmen. Im Gegenteil, wir betrachten die Form der Organisation für von größter Wichtigkeit für den Erfolg des Proletariats im Klassenkampf.

Auch die AAU. selbst ist nicht so gleichgültig zu der Art der Organisation, wie sie vorgibt, denn sie klammert sich zäh an die Form der Betriebsorganisation und beide Organisationen haben guten Grund, sich an die besondere Form ihrer Organisation zu klammern.

(Fortsetzung folgt.)

*) Uebersetzung aus „Industrial Solidarity" vom 14. November 1928.

Buchbesprechung

Jack London: Menschen der Tiefe.

Universitas, Deutsche Verlags-Akt.-Ges., Berlin. Broschiert 3.— Mk., Leinen 4.80 Mk.

Jack London schildert hier das Leben der englischen Proletarier in Ost-London, jenem Londoner Proletarier-Viertel, welches das gleiche Bild zeigt wie die Proletarier-Viertel der anderen Großstädte.

Im Jahre 1902, zu einer Zeit, als er schon wohlhabend und bekannter Schriftsteller war, ging er als Proletarier verkleidet nach „East-End", wie er schreibt: „Mit einem Gefühl, das am ehesten dem verglichen werden kann, welches einen Entdeckungsreisenden beseelt", um aus eigener Anschauung das furchtbare Elend der englischen Proletarier kennen zu lernen, die in Massen ausgepowert dahinsterben, um für eine kleine Schicht der herrschenden Klasse ein unerhörtes Wohlleben zu schaffen. Seine Schilderungen sind erschütternd und eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische System. Acht Millionen Menschen bekommen ihr Leben lang nie satt zu essen, sechzehn Millionen kennen nie ordentliche Kleidung und nie ordentliche Unterkunft. Der gutbeschäftigte Arbeiter verdient, solange er Arbeit und noch seine volle Arbeitskraft hat, nur so viel, um sie gerade durch die notwendigsten Lebensmittel erneuern zu können; die wenigen anderen Ausgaben für Kleidung und Wohnung müssen die anderen Familienmitglieder schaffen. Wenn dann Arbeitslosigkeit oder Krankheit kommt,

Frankreichs wirtschaftlicher Aufstieg

Wir haben schon vor vierzehn Tagen bei der Betrachtung der Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten von Nordamerika angedeutet, daß Frankreich in absehbarer Zeit notwendig als Kapitalexporteur auf dem Weltmarkt erscheinen muß. Frankreich ist eine Insel im kapitalistischen Chaos geworden, während sich immer noch das Schwergewicht der Weltwirtschaftskrise von einem Lande ins andere, von einem Weltteil in den anderen verschiebt, ist die ominöse „relative Stabilisierung" in Frankreich tatsächlich gelungen. Das verdient einer besonderen Betrachtung, da wir in der Nummer 49 des „Kampfruf" erneut auf die Krisensymptome hinweisen, die sich in den USA. bemerkbar zu machen beginnen, und die naturgemäß Krisensymptome für die gesamte kapitalistische Welt bedeuten müssen.

Der Goldstrom der Reparationen, der seit Jahren aus Deutschland (richtiger aus Amerika-Krediten über Deutschland) nach Frankreich fließt, hat neben anderen Ursachen, auf die wir noch zurückkommen, seine Wirkung nicht verfehlt. Seit dem Jahre 1920/21, wo die Weltkrise allgemein war, ist die wirtschaftliche Prosperität in Frankreich eine fast durchgehend anhaltende gewesen. Die kurze Stabilisierungskrise, die von Ende 1926 bis Mitte 1927 anhielt, hat der Wirtschaft nichts anzuhaben vermocht. Das Jahr 1928, als sich in Deutschland die Konjunktur abzuschwächen begann, in England die Arbeitslosenziffer um rund 300 000 das Vorjahr überstieg und sogar in den Vereinigten Staaten die Abschwächung des Inlandsmarktes anfing, dieses Jahr 1928 war für Frankreich ein Rekordjahr der Beschäftigung.

Besondere Beachtung — als Zeichen der guten Finanzlage des Landes, das bald beginnenden Kapitalexports — verdient die Tatsache, daß Frankreich seine Staatsschulden bei der Bank von England zurückgezahlt hat, während die anderen europäischen Industrieländer aus ihrem chronischen Kapitalmangel nicht herauskommen. Darüber hinaus hat es in großem Ausmaße kurzfristige Kapitalanlagen im Auslande gemacht. Für die noch schwebenden Staatsschulden werden für das laufende Etatsjahr 30,22 Milliarden Franken aus den ordentlichen Staatseinnahmen für Zinsendienst und Amortisationen aufgewendet.

Große Summen hat Frankreich für den Plan des Ausbaues der nationalen Produktionskräfte aufgewendet, zum Beispiel für Hafen- und Kanalbauten. Anlage neuer Kabel- und Telephonleitungen, Verbesserung der Eisenbahnen und der Straßen für den Autoverkehr und für den Ausbau der Elektrizitätsversorgung. Wurden 1922 erst 8200 Gemeinden mit elektrischem Strom versorgt, waren es 1928 schon über 18 000 Gemeinden. Der staatliche Ausbauplan, das Werk Poincarés, ist aber erst am Anfang seiner Ausführung begriffen.

Ebenso hat es die Industrie verstanden, ihre Grundlage für den künftigen erfolgreichen Kampf auf dem Weltmarkt zu befestigen und auszubauen. Die Modernisierung der französischen Betriebe, die eine Folge des Krieges und des Wiederaufbaues ist, ist nach der Stabilisierung des Francs energisch fortgesetzt worden. So wurden z. B. im nordfranzösischen Kohlengrubengebiet in den Jahren 1926 bis 1928 nicht weniger als 500 neue Koksöfen errichtet. Die Mechanisierung hat in allen Zweigen der Großindustrie Fortschritte gemacht. Ebenso ist die Entwicklung in der Schwerindustrie, der Maschinenindustrie usw. Bemerkenswert ist in der chemischen Industrie die erhöhte Produktion an Anilinfarben, die Frankreich vom Ausland unabhängig gemacht hat, sowie die Gründung zahlreicher Fabriken zur Herstellung synthetischen Ammoniaks. In der Textilindustrie ist es gelungen, die Schäden des Krieges vollständig auszuheilen und die Anlagen zu vergrößern. Der stärkste Aufschwung ist in der Kunstseidenindustrie zu verzeichnen.

Beachtenswerte Fortschritte hat die Kartellierung und Vertrustung gemacht. Die Konzentration hat auch in Frankreich einen sehr hohen Grad erreicht. Es ist in der chemischen Industrie die Produktion und Kontrolle in einer oder zwei Händen konzentriert. Ebenso ist in fast allen Schwerindustrien die wirtschaftliche Kontrolle an wenige Gesellschaften übergegangen. Auch in der Textilindustrie, der Schiffsbauindustrie usw. hat die Konzentrationsbewegung Fortschritte gemacht. Es ist ferner eine Ausdehnung des Filialsystems der Banken zum Teil durch Aufnahme lokaler Banken, der Detailgeschäfte usw. zu konstatieren.

Der inneren industriellen Konsolidierung entspricht die Außenhandelsbilanz. Die Einfuhr — in Gold berechnet — stieg gegenüber 1913 um 2,34 Milliarden Franken, die Ausfuhr aber um 4,36 Milliarden. In den Jahren 1924 bis 1927 übersteigen die Verkäufe die Käufe um 5,650 Milliarden Franken, während in der Vorkriegszeit die Einfuhr die Ausfuhr regelmäßig jährlich um 1,5 Milliarden Franken überstieg. 1919 war gar eine Unterbilanz des Außenhandels um 24 Milliarden zu verzeichnen. Indes ist die Wertberechnung, auch wenn sie im Goldmaßstab vorgenommen wird, infolge der Schwäche des inneren Marktes (einige Felge der sehr niedrigen Lebenshaltung des französischen Proletariats) und wegen der Goldpreisschwankungen nicht genügend ausdrucksvoll.

Mengenmäßig scheint die Bilanz nicht so günstig. Sie betrug (in 1000 To.):

	1913	1927
Einfuhr	44 220,4	49 389
Ausfuhr	22 074,5	38 031
Zusammen:	66 294,9	87 410

Wenn wir uns aber die einzelnen Posten der Außenhandelsbilanz betrachten, so fällt die Wandlung der französischen Wirtschaftspolitik sinnfällig in die Augen:

I. Einfuhr (in 1000 t):

	Brennstoff	Metall	Textil	Rohstoffe inges.
1913	23 565	2 396	957	37 161
1927	26 987	2 415	969	41 261

II. Ausfuhr (in 1000 t):

	1913	1927
Metalle	11 413	20 277
Prod. der techn. Industrie	314	1 469
Prod. der chemischen Industrie	1 274	3 063
Garne und Gewebe	159	238
Bekleidung	16	16
Kunst- und Luxuswaren	17	17
Früchte	328	162
Weine	191	147
Fertigwaren	2 314	5 436

Die Positionen, die gegen 1913 besonders gestiegen sind, betreffen fast ausschließlich die Schwerindustrie, also das Fundament der Wirtschaft. Die Einfuhr industrieller Rohstoffe hat eine starke Zunahme erfahren, die Fertigwareneinfuhr ging zurück, die Fertigwarenausfuhr stieg stark an. Die Steigerung der letzteren hat sich fast verdoppelt. Eine Ausnahme von der Regel bilden nur Edelsteine und Perlen. Das bestätigt aber nur die Tendenz, die wir aufzeigten. Es ist der Ausdruck dafür, daß es der Bourgeoisie gut geht.

Frankreichs Kapitalismus hat sich also regelrecht gesund gestoßen. Nicht am Kriege, aber an der Kriegsfolge, an der Demokratie, die für das Proletariat der ganzen Welt steigende Reaktion, steigende Ausbeutung und Verelendung bedeutet.

Die Ursachen des Aufstieges des französischen Kapitalismus sind allgemein bekannt. Wir brauchen sie nur kurz zu streifen. Trotz des steigenden Wohlstandes der ausbeutenden Schicht sind die Preise dauernd gestiegen und alle erkämpften Lohnerhöhungen wurden dadurch illusorisch. Dabei hat das französische Proletariat keine arbeitslose Reservearmee zu ernähren. Das ist ein wichtiger Faktor mit, daß das französische Kapital seine Inflationsschleuderprofite neben den Reparationen für den Ausbau der Industrie verwenden konnte; Frankreich hatte mehrere Millionen ausländische Arbeiter im Lande, hauptsächlich farbige Arbeiter aus seinen Kolonien, aber auch solche aus dem europäischen Osten: Polen, Randstaaten, Tschechoslowakei. Bei eintretender Verminderung der Arbeiterzahl infolge Rationalisierung und verschärfter Ausbeutung wurden die Auslandsarbeiter zuerst entlassen und einfach über die Grenze abgeschoben. Die Lebensbedingungen der französischen Arbeiter sind trotz dauernder und steigender Konjunktur die niedrigsten fast ganz Europas. Dabei hat die französische Sozialdemokratie (die Richtung, die Mitglied der sozialdemokratischen Internationale ist), eine große Macht im Staatsapparat. In der Regierung, die links war oder rechts, hatte sie stets maßgebenden Einfluß. Die Völkerbundsdelegierten waren Sozialdemokraten. Zu ihnen gehörte der famose Paul Boncour, der Vater des Gesetzes, das die ganze französische Nation im Kriegsfall mobilisiert; die Proletarier in die Schützengräben, die Bonzen neben dem Bourgeois natürlich in die Kriegsbüros, als Heimkrieger.

Der wirtschaftliche Aufstieg des französischen Kapitals ist ein Musterbeispiel dafür, daß das Proletariat der Sozialdemokratie nur als Schemel diente für ihren Aufstieg zur Bürgerpartei und für den Aufstieg ihrer führenden Persönlichkeiten in Staatsämter. Und ferner dafür, daß das Proletariat umso mehr unterdrückt und um so härter ausgebeutet wird, je mächtiger das Kapital wird, um so höhere Profite es macht.

Die weitere Folge der erstarkenden Stoßkraft des französischen Kapitals auf dem Weltmarkt wird die weitere Verelendung des Weltproletariats, insbesondere des deutschen sein. Das französische Kapital holt sich nach Belieben farbige Arbeiter aus den Kolonien als Lohndrücker ins Land. Sie sind der Barometer der Arbeitslosenziffer und der Löhne. Trotzdem die erstere niedrig gehalten werden kann, können auch die Löhne niedrig gehalten werden. Und die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften haben ihren Kapitalismus nie im Stiche gelassen, sie er nun von den eigenen Arbeitern oder vom Auslandskapital bedroht wird. Frankreich ist eine Warnung für das deutsche Proletariat.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 10, Nr. 1 | Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 17. | Amsterdam Preis 15 Pfennig

Die Wirtschaft an der Jahreswende

Zwei Argumente waren es, welche Gewerkschaften und Sozialdemokratie in der ersten Nachkriegszeit ins Feld führten, um die Arbeiterschaft vom Lohnkämpfen, wie überhaupt von der Verbesserung ihrer Lebenshaltung abzuhalten:

Wiederaufbau und Kapitalbilanz.

Nachdem die Phrasen von der sozialistischen Republik und dem marschierenden Sozialismus nicht mehr zogen und die Weimarer Verfassung die Unantastbarkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln zum ehernen Gesetz der Demokratischen Republik erhoben hatte, nachdem der Kapitalismus also auch äußerlich sichtbar verankert war, wollten Gewerkschaften und Sozialdemokratie wenigstens einen „anständigen" und „humanen" Kapitalismus. Die Arbeiter mußten entbehren: erst Aufbau, dann Bedarfsproduktion; erst Aussaat, dann Ernte. Das leuchtet doch ein.

Es mag so um 1924 herum gewesen sein, als der Aufbau vollendet war. Nun etwas nach der Stabilisierung der Mark. Die Rationalisierung war ja nur der innere Ausbau des äußeren Aufbaues. Produktionssteigerung, Preisabbau. Mehr und billigere Waren. Auch das leuchtet ein.

Als aber trotz zesteigener Produktion die Arbeitslosigkeit stieg und den Arbeitenden die letzten Revolutionserrungenschaften genommen wurden, das Elend immer größer wurde, dann hieß es, es muß erst Kapital angesammelt werden, daß das Kapital nicht so aus der Hand in den Mund zu leben braucht. Wenn die Wirtschaft so mit eigenem Kapital wirtschaftet, dann kommt die Zeit, wo an die Arbeiter gedacht werden kann. Auch das leuchtet ein. Wenigstens den Arbeitern, die vor lauter Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaftsdisziplin gar nicht sahen, daß sie bisher an dem Grabe der Arbeiterklasse gezimmert hatten.

Heute nun, 10 Jahre nach Kriegsende, ist alles gelungen. Die Rationalisierung ist in Deutschland in einem Ausmaße gediehen, das beschreiben ist. Auch die Kapitalbildung hat sich in einem Ausmaße vollzogen, die niemand voraussah, der nicht voraussetzte, daß das Proletariat sich bei lebendigem Leibe das Fell über die Ohren ziehen lassen würde.

Die Kapitalansammlung ist nämlich gerade der Ausdruck für die proletarische Verelendung. Es sind die Profite der Aktionäre und Rentner, der Kapitalisten, der goldgepreßte Arbeiterschweiß, der sich in den Tresoren des Finanzkapitals zusammenhäuft. Soweit Arbeiter an den Einlagen bei den Sparkassen beteiligt sind, sind es kleine Schichten der kleinen bedeutungslosen Arbeiteraristokratie. Was darüber hinaus noch gespart hat, ist nämlich nur der Ausdruck der Unsicherheit des proletarischen Lebenslage. Neunzig Prozent aller Arbeiter sehen das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit über ihrem Haupte hängen und legen sich etwas für diese Zeiten zurück.

Von dem Wiederaufbau, das braucht man auch gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nicht erst zu beweisen, hat die Arbeiterklasse nichts gehabt. Die Rationalisierung ist gelungen, weil die Arbeiterschaft entbehrte. Die Produktionssteigerung hat ein Ausmaß erreicht, wo selbst das amerikanische Kapital schwer gegen die deutsche Schleuderkonkurrenz zu kämpfen hat. In Amerika geht die Produktion zurück, obwohl die Ausfuhr steigt. Ein Zeichen dafür, daß die Kaufkraft des amerikanischen Proletariats schwindet. Die deutschen Kaliföhne haben das Einkommen des amerikanischen Proletariats stark beschnitten.

Und wo ist nun heute der Lohn für die Arbeiterklasse für die zehnjährige Entbehrung?

Die Gewerkschaften sind wieder gewachsen, die „Linksparteien" haben starke parlamentarische Erfolge erzielt. Wir haben eine stark sozialdemokratisch beeinflußte Reichsregierung und eine dito Preußenregierung. Minister, hohe Staatsbeamte, Bürgermeister und Polizeipräsidenten gibt es eine große Anzahl, Stadträte und Angestellte aus den Gewerkschaften bei Städten und Behörden gibt es Legionen. Das Programm der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist zu 90 Prozent erfüllt.

Und der Erfolg für die Arbeiter?

Die Wiederbelebung der Wirtschaft, die aus Anlaß der Stillegung der englischen Wirtschaft durch den fast einjährigen Bergarbeiterstreik einsetzte, hat viele Arbeiter geblendet. Der größte Streikbruch der Weltgeschichte hat dem Kapital zwar goldenen Segen gebracht, dem Proletariat aber keinen Lohn für seinen Streikbruch. Die Wirtschaftsbelebung war vorübergehend. Die Abflauung der Konjunktur fällt sich nicht mehr bemänteln. Sogar der „Vorwärts", der bisher alle Kriegssymptome als Flaumacherei der bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker abtat, muß in seiner Abschlußnummer vom abgelaufenen Jahre die einsetzende Krise zugeben.

Die Arbeitskämpfe an der Jahreswende sind der beste Barometer für die Lage der Arbeiterklasse und darüber hinaus auch für die Wirtschaftslage. Die Schwerebeindustrie, die Basis der deutschen Wirtschaft hat ihre Arbeiter zum Jahresabschluß verniedrigt geschlagen. Die „Besserungen" des Severingschen Diktats sind die, die die Unternehmer als in ihrem eigenen Interesse liegend schon in ihrem Programm hatten. Für den Gesamtdurchschnitt kommt eine „Lohnerhöhung" von 2 Pfennig pro Stunde heraus. Als Gegenwert für die Preissteigerung des ganzen Jahres. Die Mehrzahl der beteiligten Viertelmillion Arbeiter hat Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekommen.

Das ist die Situation für die Arbeiter bei Jahresbeginn.

Die Auswirkung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird — so lange auf sich warten lassen.

Die Anteilnahme der Gewerkschaften bestand darin, daß sie die zugleich ausgesperrten Arbeiter hübsch voneinander isolierten.

Neujahrsgeschenk der Koalition

Severings Hungerdiktat für die Ruhrmetallarbeiter

Das ist eine verheißungsvolle Jahreswende für die Unternehmer! Ein Silberstreifen ist am Horizont der kapitalistischen Wirtschaftspolitik erschienen: der Severing-Spruch für die nordwestliche Eisenindustrie. Denn Severings Entscheidung ist ein solch zynischer Faustschlag ins Gesicht der Hüttenproleten, daß in der Sylvesternacht jeder Ruhrmetallkönig ohne Bedenken ein Glas auf das Wohl des sozialdemokratischen Innenministers leeren konnte.

Karl Severing hat seine Mission noch besser im Interesse der Stahlindustriellen erfüllt, als vorauszusagen war. Man bedenke, daß durch die Rationalisierung die Tagesleistung des einzelnen Arbeiters in den letzten zwei Jahren um vierzig Prozent in der Roheisenproduktion und um mindestens ebensoviel in der Rohstahlerzeugung gesteigert wurde. Man vergesse auch nicht, daß gerade in der Schwerindustrie die Verschleierung und künstliche Verkleinerung der Gewinne so rigoros betrieben wird, daß man schon von systematischem Bilanzschwindel reden kann. Selbst die jetzt abflauende Konjunktur der Eisenindustrie ist noch lange nicht so stark rückläufig, daß sie eine Verlustwirtschaft der Hüttenbarone zur Folge haben kann. Severing aber, der „Arbeiterminister", hat so „objektiv", daß er eine ungünstige Wirtschaftslage der nordwestlichen Metallindustrie feststellt. Er bescheinigt den Stahlkönigen, daß sie mit „Verlusten" Dividenden schlucken und hat auf dieser offensichtlichen Lächerlichkeit seinen Schiedsspruch auf! Ja, die Hüttenbarone wußten, warum sie zu Severing Vertrauen haben dürfen . . . . .

Worin besteht nun der materielle Inhalt des Severing-Spruches? Die winselnde Bitte der Essener Gewerkschaftskonferenz, daß der neue Spruch nicht schlechter wie der alte ausfallen möge, ist durch die staatsmännische Objektivität Severings einfach wie Luft behandelt worden. Denn das Schlichtungsdiktat des sozialdemokratischen Ministers ist noch bedeutend erbärmlicher als der umstrittene Schiedsspruch des Jocten. Während nämlich der Jocten'sche Spruch zwei Pfennig Stundenzulage für die Akkordarbeiter vorsah, erhalten diese 80 Prozent der Eisenarbeiter jetzt kaum Pfennig! Weiter: der alte Spruch setzte für die Zeitlöhner eine generelle Zulage von sechs Pfennig fest; Severing hat diese „Lohnerhöhung" noch dadurch reduziert, daß er die sechs Pfennig staffelt und damit nur die Stundenlöhne unter 90 Pfennig berücksichtigt. So erhalten von den 63 000 Zeitlöhnern der nordwestlichen Metallindustrie ein Teil keinen Pfennig, eine kleinere Gruppe sechs Pfennig und der größere Teil etliche Bettelpfennige. Es sind mindestens 55 000 Zeitlöhner, die durch Severings Diktat schlechter gestellt sind als wie nach dem alten Schiedsspruch! Die „Voss. Ztg." hat eine Schätzung veröffentlicht, nach welcher die Gesamtbelastung durch die Lohnerhöhungen des Severing-Spruches um 50 Prozent niedriger ist als vorher. Severing hat also den Interessen der Stahlkönige ausgezeichnet und äußerst weitgehend Rechnung getragen. Daran ändert auch nichts die Bestimmung, daß etwa fünf Prozent der Hüttenarbeiter jetzt „nur noch" 57 statt 60 Stunden wöchentlich schuften brauchen. „Diese Arbeitszeitverkürzung entspricht dem Angebot, das früher schon von seiten der Arbeitgeber gemacht worden ist", erklärt die „Vossische Zeitung" und rückt damit den einzigen „Erfolg" Severings in das richtige Licht.

So ist es mit der Severing-Aktion gekommen, wie es entsprechend der Umstände des Eingreifens der Regierung nur kommen konnte. Die sozialdemokratische Ministerkumpanei hat gegenüber dem kapitalistischen Monopolherrschertum ihre Regierungsfähigkeit unverhüllt bewiesen und die Ruhrproleten haben: durch Severing ein Neujahrsgeschenk erhalten, an das sie nur mit Schrecken denken werden. Die Stahlkönige haben ihre Schlacht gewonnen — mit Hilfe der sozialdemokratischen Minister, die nordwestlichen Metallarbeiter sind schnöde betrogen — durch das Vertrauen auf die Staatspolitik der SPD.-Bonzokratie! Das ist nicht verwunderlich, da solch gut eingefädelter Schacher mit Arbeiterinteressen überhaupt die Seele der reformistischen Politik im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus ist. Verwunderlich ist nur, daß die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" am 22. 12. 28 den Spruch Severings ganz ungeniert „einen unerträglichen Skandal" nennt und trotzdem alles tut, um die Proletarier weiterhin im Joch dieser skandalösen Politik zu halten.

Der Schlußtakt in der Tragödie des Ruhrkampfes beleuchtet nochmals grell den konterrevolutionären Weg, auf dem das Proletariat unter reformistischer Führung marschiert. Auf diesem Marsch ist jede neue Etappe nur eine Station, wo die Arbeitermasse weiteres sozialistisches Gepäck als Ballast wegwerfen muß, um den Abstieg in die niederste Barbarei fortsetzen zu können. Aber die hageldichten Schläge mit der Schlichtungspeitsche der Kapitalsrepublik müssen und werden ihn Proletariat auch die Kräfte wecken, die die Kette des Reformismus sprengen. Wenn der Bann gebrochen und die Arbeiterklasse als revolutionärer Riese handelnd aufsteht, dann kommt eine Jahreswende, wo der Bourgeoisie und ihren Lakaien Hören und Schon vergehen wird.

Welche Auswirkung die Niederlage der Ruhrarbeiter für das Gesamtproletariat zeitigen wird, dafür ist der Angriff der württembergischen und pfälzischen Eisenindustrie in den letzten Dezembertagen und die Halsstarrigkeit der westoberschlesischen Schwerindustrie der beste Beweis. Die Arbeiter dieser 3 Reviere werden im neuen Jahre als erste zur Strecke gebracht, wenn sie aus ihren Fehlern nicht lernen. Ferner ist der Angriff der Textilbarone am Jahresende ein Gradmesser für die Situation zwischen Kapital und Arbeit. Die Bekleidungsindustrie, als reine Konsumindustrie, ist von der Konjunkturabflauung am unmittelbarsten betroffen. Die Arbeiter der Konsumindustrien haben den Dank für den Verrat der Gewerkschaften schon zu kosten bekommen. Die Mehrzahl von den rund Dreiviertelmillion Textilarbeitern, denen die Tarife gekündigt wurden, haben ihre Niederlage schon besiegelt.

Wenn die Arbeiter der übrigen Konsumindustrien noch nicht sofort aufs Korn genommen wurden, so liegt das daran, weil erstens die Nahrungsmittelindustrien nicht so plötzlich betroffen werden und zweitens, weil das Kapital die Taktik der Gewerkschaften belohnt und sich die Arbeiter der verschiedenen Industrien nacheinander vornimmt. Denn heute lauert mehr denn je hinter jedem Streik die Hydra der Revolution.

Vervollständigt wird die Uebersicht über die Lage der

Mitteilungen

Reich

Zur Beachtung.

Mit der vorliegenden Nr. 51/52 schließt der 9. Jahrgang des „Kampfruf" ab. Die Nr. 1 des 10. Jahrgangs erscheint am Donnerstag, den 3. Januar 1929.

Bestellungen auf gebundene „Kampfruf"-Jahrgänge 1928 sind an den RAA. zu richten.

Sämtliche Sammellisten sind umgehend an den RAA. einzusenden.

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte an Karl Falk, Kuffenhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. 3.

Daselbst jeden Sonntag von 10—11.30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

Groß-Berlin

Kassenrevision am Donnerstag, den 10. Januar 1929, abends 6.30 Uhr, an bekannter Stelle.

7. Bezirk (Charlottenburg). Am Freitag, den 4. Januar 1929, abends 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung.** Galvanistr. 7. Lokal Jankowicz. Neuwahl der Funktionäre. Alle Genossen müssen erscheinen.

Jugendweihe der proletarischen Freidenker Berlins.

Wir werden um den Abdruck folgender Mitteilung gebeten:

Zur Aufklärung.

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GpF.) Berlin veranstaltet die nächste Jugendweihe, aus sehr berechtigten Gründen, **nicht mit der Kommunistischen Partei gemeinsam.** Es ist daher eine bewußte Irreführung der Berliner Arbeiterschaft, wenn die KPD. ihre Parteiveranstaltung in der „Rote Fahne" und „Welt am Abend" als „Jugendweihe der proletarischen Freidenker" ausgibt.

Die Frühjahrsjugendweihe der GpF. findet am 1. Ostersonntag, am 31. März 1929, in der „Volksbühne", Theater am Bülowplatz statt. Anmeldungen zum Vorbereitungsunterricht, der von Genossen und Genossinnen gegeben wird, die seit Jahren die Jugend-Unterrichtet **Berlin-Brandenburg.**

Die Jugendweihekommission der GpF.
Bezirk Berlin-Brandenburg.
I. A.: Rudolf Zimmer.
Berlin N 58, Lettestr. 6.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 112.

Arbeiterklasse durch die 2 Millionen Arbeitslose, durch die 5 Millionen Menschen, die am Hungertuche nagen. Und ferner durch ein zum Himmel schreiendes Wohnungselend. Die amtliche Wohnungszählung vom Sommer vergangenen Jahres, deren Material soeben vollständig der Oeffentlichkeit übergeben wird, stellt rund 800 000 fehlende Wohnungen fest. Die „KAZ." hat kürzlich mit ausführlicher Begründung bewiesen, daß in Deutschland mindestens 4—5 Millionen Wohnungen nötig sind.

Soweit sind das alles nur Symptome, daß die Wirtschaft in ihrem innersten Mark krank und brüchig ist. Wo liegt der Fehler, welches sind die Ursachen?

Wer den Kapitalismus will, muß offen zugeben, daß in Deutschland ein starker Ueberkonsum vor sich geht. Wer den Kapitalismus will, muß den Mut haben, auszusprechen, daß der Verbrauch eingeschränkt wird. Da der Verbrauch der Kapitalisten wenig verschlägt im Gesamtrahmen der Volkswirtschaft, kann nur einer Verbrauchseinschränkungder Arbeiterklasse das Wort geredet werden. Das ist das Motiv der Unternehmer bei ihrer Lohnpolitik und die Triebkraft der Gewerkschaftstaktik zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens.

Das deutsche Kapital hat große Auslandskredite aufgenommen. Sie sind in Produktionsmitteln angelegt und aufgezehrt. Selbst die zu schwindelnder Höhe gediehene Konzentration und Rationalisierung vermochte nicht die Verpflichtungen aus dem Kriege und aus den Anleihen aufzubringen. Alle Schulden, alle Zinsverpflichtungen sind durch neuen Pump bestritten worden. Daß dies notwendig ein Ende haben muß, bedarf keiner Begründung. Soll also der Kapitalismus wenigstens wieder ein „gesunder" Invalide werden, muß die Arbeiterklasse künftig den Hungerriemen bedeutend enger schnallen.

Zudem nimmt der Pump sein ganz natürliches Ende von selbst. Kanada, Südamerika, Asien sind rentablere Anlagefelder für das Dollarkapital geworden. Der amerikanische Goldstrom beginnt langsam dorthin abzufließen. Sofern das deutsche Kapital künftig ohne fremde Kredite nicht auskommen kann, wird es zu kurzfristigen, also viel teureren Geldern greifen müssen. Das bedeutet für die Arbeiterklasse zweimal Einschränkung. Die ehemalige Parole des ADGB.: „Mehr arbeiten, weniger verbrauchen", wird heute zur zwingenden Notwendigkeit für die kapitalistische Wirtschaft. Jeder, der den kapitalistischen Aufbau will, muß einschränkend vorangehen und „mehr arbeiten, weniger verbrauchen" zu seiner Devise machen.

Indes braucht sich die Arbeiterschaft um die Durchsetzung der Verbrauchseinschränkung kein Kopfzerbrechen zu machen. Das Kapital wird das besorgen. Und die Gewerkschaften werden es unterstützen; dazu brauchen sie ihre Taktik nicht zu ändern. Ihre Existenz hängt ab vom Gedeihen des Kapitals. Zudem läßt die Wirtschaftslage an der Jahreswende gar keine andere Perspektive zu. Nach den übereinstimmenden Berichten der Industrie- und Handelskammern ist der Auftragsbestand der Industrie und sind die Auftragseingänge viel geringer als vor einem Jahre. Die Lagerbestände der Produktionsstätten wie der Groß- und Kleinhandelsfirmen dagegen sind viel größer. Es ist also möglich kapitalistische Wirtschaftsbelebung im neuen Jahre ist Preissteigerung im Inlande, um Profite anzusammeln und so am Weltmarkt durch Schleuderkonkurrenz Absatz zu finden. Die Angriffe des Kapitals um die Jahreswende sind also ganz naturgegeben. Sie müssen sich ganz naturemäß steigern. Dem Proletariat steht ein Kampfjahr bevor.

Das Proletariat muß in diesen Kämpfen lernen, daß der weitere Aufbau des Kapitalismus seinen Untergang bedeutet. Es muß kämpfen um Verbrauchssteigerung. Ob das Kapital dabei kaput geht, soll ihm gleich sein. Wenn die Gewerkschaften dabei in die Brüche gehen, so wird dies für die Arbeiterklasse von Segen sein. Wenn die Arbeiterklasse in dem Diktat der Gewerkschaften entzieht und ihre Geschicke in die eigene Hand nimmt, so wird dies den ersten Schritt bedeuten auf dem Wege zum Sturz der kapitalistischen Wirtschaft und zum Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

K.A.P. Groß-Berlin. A.A.U.

Freitag, den 11. Januar, abends 7.30 Uhr, in den Sophiensälen, Centrum, Sophienstraße:

Gedächtnisfeier

zur zehnten Wiederkehr des Todestages von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und aller anderen Opfer der Revolution.

Musik : Chorgesang : Rezitation : Gedächtnisrede

Aufführung eines proletarischen Bühnenstückes.

Eintritt 1 Mk., Erwerbslose 50 Pf.

Karten sind bei den Funktionären und in der Arbeiter-Buchhandlung Lausitzer Platz 13 zu haben.

Die Lage am Arbeitsmarkt

Aus einer Statistik des ADGB. über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern ziehen wir 3 Gruppen heraus, die gleichzeitig eine Prognose der künftigen Wirtschaftsgestaltung darstellen:

	Arbeitslosigkeit in Prozent der Gewerkschaftsmitglieder		Kurzarbeit	
	1928	1927	1928	1927
		Ende November		
Insgesamt	9,4	7,6	7,1	2,1
Metallarbeiter	7,0	3,8	8,1	2,2
Bergarbeiter	2,1	1,6	7,7	2,6
Chemie	6,6	5,8	4,4	2,3
Textilarbeiter	7,7	3,1	25,0	4,8
Bekleidungsarbeiter	15,0	9,0	13,4	6,9
Lederarbeiter	9,6	5,8	26,2	2,1
Schuhmacher	18,9	7,2	43,5	12,5
Baugewerkshand	17,6	24,5		
Zimmerer	20,3	17,3		

Die erste Gruppe sind Arbeiter der Produktionsmittelindustrie, die zweite die der Verbrauchsindustrien und die dritte Gruppe Bauarbeiter, also eines Gewerbes, das von der Prosperität der Wirtschaft seine Anregung bekommt. Bei letzteren hat es nichts zu bedeuten, daß die Arbeitslosigkeit Ende November dieses Jahres eine Kleinigkeit niedriger war als vor einem Jahre. In diesem Jahre war lindes Wetter, daß Bau- und Außenarbeit begünstigte, im vorigen Jahre war Ende November starker Frost. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit um die Jahreswende in diesem Jahre größer als vor einem Jahre.

Die beiden anderen Gruppen haben in diesem Jahre sowohl in Arbeitslosigkeit als in Kurzarbeit viel höhere Ziffern. Die Ziffern aus Konsumindustrien sind wiederum um viel mehr gestiegen als die der Produktionsmittelindustrien. Das zeugt von einem starken Verbrauchsrückgang der Arbeiterklasse. Die Konsumindustrien sind aber der Barometer für künftige Prosperität. Die Ziffern bedeuten, daß die Arbeitslosenziffern der Produktionsmittelindustrien notwendig bald noch weiter anschwellen werden.

Eisenwerke Gaggenau bankrott.

1400 Arbeiter Anfang Januar auf die Straße gesetzt.

Die Eisenwerke Gaggenau bei Karlsruhe, die sich in 20 Jahren von einer kleinen Blechwarenfabrik zu einem großen Eisenwerke emporgearbeitet haben, haben ihre Pforten geschlossen und die gesamte Belegschaft von 1400 Köpfen aufs Pflaster geworfen.

Die Werke hatten volle Beschäftigung. Noch kurz vor Schluß des Geschäftsjahres Ende Juni wurden, abgesehen von der Fahrradabteilung, bemerkenswerte Umsatzsteigerungen bekanntgegeben, und sogar im August, also zwei Monate nach Beendigung des Geschäftsjahres, wurden Mitteilungen über den Stand der Werke veröffentlicht, die von guten Auftragsbeständen sprachen. Gaggenau ist aber von der rationalisierten Konkurrenz überholt. Die Werke mußten schließen. Der Arbeiterrat hat als erste in diesem Jahre sich davon überzeugen, daß die ADGB.-Parole: „Mehr arbeiten, weniger verbrauchen" richtig ist für den Kapitalismus. Für die Arbeiterklasse bedeutet sie den Untergang. Deshalb: Weg mit den Gewerkschaften, Schaft Betriebsorganisationen zum Sturz des Kapitalismus.

Sozialpolitik in Rußland

Aus der Praxis der Schwangerenfürsorge

Die siegreiche Oktoberrevolution brachte dem russischen Proletariat neben vielen anderen Errungenschaften auch einen verheißungsvollen Lichtblick auf die Entwickelung neuer kulturellen Lebens. So wurde nicht nur der Analphabetismus heftig bekämpft, eine Sozialversicherung geschaffen, die allein schon eine kulturelle Großtat bedeutete, so gab es auch Ferien und Ferienheime für alle Werktätigen, Schutz für Mutter und Kind. Der werdenden Mutter wurde ein dreimonatiger Schwangerschaftsurlaub gewährt, in staatlichen Entbindungsanstalten konnte sie, handelte es sich um eine Angehörige der arbeitenden Klasse, unentgeltliche Aufnahme finden. Den Kindern standen die staatlichen Erziehungsheime frei zur Verfügung, wurde doch auch das Kind als ein Glied der Gemeinschaft geachtet.

Jedoch mit der Einführung und weiteren Entwicklung der „Nep" (Neuen Oekonomischen Politik) ist es anders geworden, müssen die revolutionären Errungenschaften den Notwendigkeiten der neuen Wirtschaftspolitik weichen.

Genau so wie bei uns in der „freien demokratischen Republik" werden dort die Löhne unter den Lebenshaltungsindex herabgeschraubt, die Sozialversicherung abgebaut. Entbindungs- und Kinderheime stehen leer da. Und doch ist das nicht etwa eine „Lügenmeldung" oppositioneller Kommunisten und „Konterrevolutionäre", ein Blick in die Sowjetpresse wird unsere Behauptungen bestätigen.

Dem amtlichen Regierungsorgan, der „Iswestia", entnehmen wir wörtlich folgenden Bericht über die Praxis sowjetrussischer Schwangerenfürsorge:

„Der Fall trug sich zu in einer Kreisabteilung der Volksbildung des Gouvernements Nischnij Nowgorod ... Der Leiter der Abteilung ist gerade dabei, eine arbeitslose Lehrerin anzustellen. Er fragt sie: „Sind Sie in anderen Umständen?" „Nein." „Stehen Sie mit niemandem in intimem Verkehr?" „Nein." „Wie stehen Sie zur Mutterschaft und zur Abtreibung?" „Ich bin sowohl gegen das eine als auch gegen das andere." „Also gut. Sie erhalten die Anstellung, jedoch nur unter der Bedingung, daß Sie mir eine Garantie dafür geben, daß Sie nicht um einen dreimonatigen Urlaub wegen Schwangerschaft nachsuchen werden." „Aber, erlauben Sie, ich bin doch verheiratet, ich bin gegen Abtreibung. Wie kann ich Ihnen solch eine Garantie geben? Uebrigens fordern die Sowjetgesetze keine derartige Garantieleistung." „Die Sowjetgesetze," sagt der Leiter, „das stimmt, die fordern nichts Derartiges, aber der Kreisetat verlangt es. Wir können nicht jede Dummheit bezahlen. Na gut, ich will Ihnen ein Zugeständnis machen. Sie geben mir die Garantie, daß Sie im Laufe der nächsten drei Jahre nicht schwanger werden."

Die Lehrerin dachte eine kleine Weile nach und gab dem Leiter der Volksbildungsabteilung die gewünschte Garantie."

Worin nun diese Garantie, die die Lehrerin gab, bestand, ist allerdings aus dem Berichte der „Iswestia" nicht zu ersehen.

Interessant ist aber, daß es sich hier bei der Kreisabteilung für Volksbildung des Gouvernements Nischnij Nowgorod um eine staatliche Institution, also einen staatlichen Betrieb handelt. Private Unternehmer, wollen sie sich vor Verpflichtungen dem Arbeiter gegenüber drücken, zu sagen: Za hohe Betriebskosten, die Konkurrenz zwo, ermöglicht es ihnen nicht, die Pflichten einzuhalten. Hier aber kommen die Leiter des staatlichen Betriebes und erklären, der Kreisetat lasse es nicht zu, daß die Rechte und der Schutz, den die (heute nur noch angeblichen!) Sowjetverfassung dem Arbeiter gewährt, nicht wahrgenommen werden dürfen. Unter der proletarischen Diktatur der Arbeiter war auch jedes Glied der Gemeinschaft; heute kann man „nicht jede Dummheit bezahlen". Welch ein Wandel!

Dem marxistisch geschulten Arbeiter kann diese Tatsache indes nicht mehr stutzen versetzen. Auch die kulturellen Errungenschaften müssen weichen. Denn schließlich ist die Kultur doch nur ein Ueberbau des jeweiligen ökonomischen Fundaments. Die hier in diesem Falle diktierte Politik kann nur die einer kollektivwirtschaftlichen sein. Das ökonomische Fundament des heutigen Rußland ist das des Privateigentums an den Produktionsmitteln, an Grund und Boden. Dabei ist gleichgültig, zu wieviel Prozent sich dieses Privateigentum in staatlichen Betrieben oder gar in den privaten Unternehmern befindet, wenn eben das kapitalistische Warengesetz die Politik bestimmt.

Was nutzen dem Proletariat die schönsten Sozialversicherungen, die nur auf dem Papier vorhanden sind, was die Ferien-, Kinder- und Schwangerenheime, die nur leer dastehen und ihren Zweck verfehlen?

Oppositionelle Kommunisten, die in Rußland derartige Zustände, das nur im Dienste des Proletariat getriebene Gaukelspiel, den Bluff, anprangern, werden — in die Verbannung geschickt.

Die Taktik der Union

Der Reichsarbeitsausschuß der AAU. unterbreitet hiermit zur 9. Reichskonferenz der Mitgliedschaft einen thesenartigen Entwurf zur Taktik. Wir erwarten, daß die Bezirke die Vorschläge des RAA. gründlich diskutieren und eventuelle Abänderungsanträge dazu rechtzeitig einreichen (d. h. bis spätestens 6 Wochen vor Stattfinden der Reichskonferenz).

Red. d. K.

I.

Zehn Jahre nach dem imperialistischen Zusammenbruch ist trotz „Völkerbund" und Locarno-Politik ein unaufhaltsames Anwachsen neuer imperialistischer Gegensätze zu verzeichnen. Das neue Wettrüsten der kapitalistischen Weltmächte zu Lande, zu Wasser und besonders in der Luft wird desto fieberhafter betrieben, je mehr die wachsenden Spannungen ihres machtpolitischen Verhältnisses untereinander den Spielraum für pazifistische Phrasennebel verringern und je selbständiger die um nationale Freiheit kämpfenden Kolonialbourgeoisien werden.

Das Erwachen der chinesischen Bourgeoisie zeigt einerseits, daß den heutigen Weltmächten neue kapitalistische Gegner erstehen. Andererseits zeigt die Konsolidierung der chinesischen Revolution, daß durch die imperialistische Durchdringung China im fernen Osten ein neuer Brennpunkt imperialistischer Konflikte sich entwickelt. Auch die nationalen Rebellionen sowie die Interventionspolitik der USA. in Südamerika beweisen, daß der Kampf um die Rohstoffquellen einerseits und das Auftreten früherer Kolonien als selbständiger Faktor auf dem Weltmarkt andererseits den Zündstoff in einem derartigen Maße anhäufen, daß die imperialistischen Gegensätze sich auf erhöhter Stufenleiter reproduzieren müssen und dem Weltkapitalismus die Lösung mit dem Schwerte aufzwingen. Gegenüber dieser zu einem zweiten Weltkrieg führenden Entwicklung ist der „Völkerbund" des europäischen Kapitalismus nur ein Instrument zur ideologischen Vergasung der Proletarier aller Länder, wie seine jämmerliche Ohnmacht im Krieg zwischen Bolivien und Paraguay drastisch bewiest.

Die bedrohliche Wiedererstarkung des Imperialismus ist weiter nichts als eine direkte weltpolitische Folge der ökonomischen Ausweglosigkeit des hochentwickelten Kapitalismus. Der sogenannte kapitalistische „Wiederaufbau" mit Sanierung und Rationalisierung hat dem Profitsystem als Gesellschaftsordnung keine neuen geschichtlichen Aufstiegsmöglichkeiten gegeben, trotz sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Unterstützung. Im Gegenteil: mit seiner rasend vervollkommneten Technik und seiner unerhört gesteigerten Menschenausbeutung stößt der moderne Kapitalismus immer härter an die Unmöglichkeit, für die ungeheuer entwickelte Produktivität der Wirtschaftsdinge einen notwendigen kapitalistischen Absatzmarkt zu schaffen. Das Scheitern dieser Versuche, die riesigen Warenmengen der rationalisierten Profitwirtschaft restlos in klingenden Mehrwert zu verwandeln, wirkt sich aus in millionengroßer Dauerarbeitslosigkeit führender Industrieländer (Nordamerika, England, Deutschland usw.) und wachsender Verelendung der arbeitenden Klassen, also in ständiger Verschärfung der sozialen Gegensätze.

Die Massenarbeitslosigkeit als ureigenstes Produkt des rationalisierenden Kapitalismus ist — da die Rationalisierung im kapitalistischen Konkurrenzkampf um den Weltmarkt geradezu schwerste ökonomische Geschütz darstellt — ein sichtbares Zeichen dafür, daß die bürgerlichen Aufbauprobleme nicht zu lösen sind. Im dieser Sackgasse befindlichen Kapitalismus kann weder durch Anstrengungen, ihre bedrohte Profitrate zu sichern durch immer brutalere Angriffe (Massenaussperrungen) auf die proletarische Lebenshaltung, sowie durch gewaltige Kriegsrüstungen (Ausbeutung der Kolonialvölker) zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Er bereitet den historischen Nährboden vor, aus dem die soziale Revolution immer wieder neue Kräfte saugt zum Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus.

Angesichts der chronischen Wirtschaftsmisere der Bourgeoisie lehnt die AAU. die Stabilisierungs-These der leninistischen Internationale als eine halbe Wahrheit und deswegen ganze Lüge ab. Diese Parole der „Stabilisierung" kann nur Kennzeichnung des Klassenkampfleides und seiner Bedingungen ist eine metaphysische und konterrevolutionäre Irreführung des Proletariats, weil sie die revolutionäre Wechselwirkung der von dieser „Stabilisierung" hervorgerufenen Gegensätze zwischen den kapitalistischen und sozialen Gegensätze leugnet. Diese Taktik der Leninisten hat nur den Zweck, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Tagespolitik auszulöschen, um eine im Interesse des kapitalistischen Aufbaues Rußlands gelegene arbeiterfeindliche Politik rechtfertigen zu können. — Mit der gleichen Entschiedenheit lehnt die AAU. die von der KPD. proklamierte „Verteidigung Sowjetrußlands" ebenfalls ab, weil die NEP. nicht zum Sozialismus führt, sondern zum Aufbau eines neuen Kapitalismus. Dieser Aufbau Rußlands spiegelt sich wieder in den wachsenden sozialen Gegensätzen und ebenso in der chronischen Krise der 3. Internationale. Die Nation der russischen Kulaken und Neubourgeosie kann niemals das sozialistische Vaterland des Weltproletariats sein und deshalb gilt auch für die russische Arbeiterklasse die Kampfparole des revolutionären Internationalismus: der Feind steht im eigenen Land!

II.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie, deren prominente Führer vor zehn Jahren die weißen Garden gegen das revolutionäre Proletariat mobilisierten, um den Kapitalismus vor der „bolschewistischen Flut" zu retten, treiben heute dieselbe konterrevolutionäre Politik mit anderen Mitteln und Loosungen. In Konsequenz ihres Bekenntnisses zum kapitalistischen Wiederaufbau muß die SPD. heute als führende Regierungspartei eine Koalition eingehen, in der sie unverhüllt als der zuverlässigste Geschäftsträger der Bourgeoisie fungiert. Die Zustimmung der SPD.-Minister zum Panzerkreuzerbau zeigt aufs deutlichste, daß der sozialdemokratische Kampf gegen den Imperialismus nur aus pazifistischen Gesten besteht. Die positive Stellung der SPD. zum Wehrproblem der kapitalistischen Republik ist in ihrer praktischen Auswirkung ein neues Bekenntnis zur Rüstungspolitik des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus. Diese **Wehrpolitik der SPD. ist die logische Fortsetzung** der sozialdemokratischen Politik des 4. August 1914 und kommt striktest vor aller Welt die ideologische Einheit zwischen reformistischer Staatspolitik und den imperialistischen Interessen des Monopolkapitalismus. Ebenso eindeutig bestätigt die unter dem Druck der großkapitalistischen Stresemann-Partei erfolgte Kapitulation der sozialdemokratischen Ministerkampanej vor den Ruhrindustriellen, daß die „demokratische Errungenschaft" des November 1918 nur ein Dreck ist. Die Ohnmacht der sozialdemokratisch geleiteten Reichsregierung gegenüber den westlichen Huttenbaronen beweist, daß in der Republik die kapitalistischen Monopolkönige die Macht haben und die SPD.-Minister nur das „Recht", die Hungeroffensive gegen das Proletariat mit sozialpolitischen Beruhigungspillen zu legalisieren. Die Praxis des Klassenkampfes widerlegt hiermit glänzend die reformistische Theorie, daß der Staat als Ding an sich über den Klassen thront und mit den Mitteln der Demokratie der Staat der Bourgeoisie zum Machtinstrument des kämpfenden Proletariats umgeformt und somit auf gewaltlosem Wege die soziale Revolution vollstreckt werden könne. So ist die sozialdemokratische Regierungspolitik mit ihrer Erdrosselung des Klassenkampfes „im öffentlichen Interesse", d. h. im Profitinteresse der Kapitalsmagnaten, weiter nichts als die sozialfaschistische Vollendung der bürgerlichen Demokratie.

Die „freien" Gewerkschaften sind mit ihrem konterrevolutionären Kurs, der 1923 durch die Heiligsprechung der Schlichtungsdiktatur zekrönt wurde, letzt beim Kampf um „Wirtschaftsdemokratie" gelandet. Die von Rosa Luxemburg schon vor drei Jahrzehnten glänzend widerlegte „Wirtschaftsdemokratie" (siehe „Sozialreform oder Revolution", Kapitel „Gesellschaftliche Kontrolle") muß eine ökonomische Utopie bleiben deshalb, weil die „Interessen der Allgemeinheit" in der modernen bürgerlichen Gesellschaft immer gleichbedeutend sind mit der Aufrechterhaltung der Profitinteressen der kapitalistischen Klasse und darum der Gewerkschaftskampf für das „Wohl der Allgemeinheit" faktisch nur ein Kampf für das Wohl der Bourgeoisie ist. Das politische Resultat des gewerkschaftlichen Kampfes um „Wirtschaftsdemokratie" kann deshalb nur sein die völlige Umwandlung des proletarischen Klassenkampfes zu einem unter strengster Kontrolle der bürgerlichen Staatsgewalt stehenden Mittel des kapitalistischen Aufbaues. Die Taktik der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftspolitik täglich zum Ausdruck. Je mehr infolge der kapitalistischen Rationalisierung die sozialen Gegensätze sich zuspitzen, desto rücksichtsloser müssen die Gewerkschaften als Organisationen des planmäßigen Arbeiterverrats auftreten, um ihr staatliches Privileg des Vermittlers beim Verkauf der proletarischen Arbeitskraft nicht zu verlieren. Der katastrophale Zusammenbruch der schlichtungsgesetzlichen Zwangspolitik im Ruhrkohlenbergbau lehrt abermals, daß der Arbeiterkampf gegen Massenelend und Kapitalsoffensive nicht möglich ist ohne Zertrümmerung der freigelben Gewerkschaften, die mehr als je der Strick um den Hals des Proletariats sind.

Die KPD., die sich seit 1923 in einem chronischen Krisenzustand befindet, ist heut nur noch eine Kreuzung zwischen Linkssozialdemokratismus und leninistischem Sektengeist und materielle Abhängigkeit der III. Internationale zur leninistischen Regierungspartei Rußlands zwingt die KPD., den russischen Nepkapitalismus als sozialistischen Aufbau zu verherrlichen, und dadurch versinkt die KPD. infolge ihrer Heiligsprechung der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Führertaktik immer tiefer im opportunistischen Sumpf. Die leninistische Zellentaktik hat in ihrem praktischen Resultat zur reformistischen Stabilisierung der Amsterdamer Gewerkschaften geführt und damit zur politischen Stärkung der Sozialdemokratie. Der Prozeß der opportunistischen Verwässerung ist bereits soweit fortgeschritten, daß die KPD. auch da, wo sie radikal auftritt und wie im Ruhrkampf die Parole besonderer Streikleitungen ausgibt, nur der Zutreiber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer ist. Indem die KPD. zum Masseneintritt in die verbürgerlichten Gewerkschaften auffordert, ist sie trotz aller revolutionären Phraseologie mitverantwortlich für die gewerkschaftliche Erdrosselung der Arbeiterkämpfe. Um so größer ist die Aufgabe der AAU., die Proletarier in der Klassenfront der Betriebsorganisationen zum revolutionären Massenkampf zu sammeln.

III.

Zehn Jahre bürgerliche Republik haben mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft, die das historische Fundament für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, keine Demokratie sich entwickeln kann. Wie die sogenannte Errungenschaft der parlamentarischen Demokratie zu einem Mittel der Unterdrückung des Proletariats wurde, so muß und wird auch die vom ADGB. geforderte „Wirtschaftsdemokratie" zu einem Machtinstrument der Kapitalsklasse sich entwickeln. Die erste Etappe dieser Entwicklung hat die Arbeiterschaft bereits durchschritten. Um für die schrankenlose Fortsetzung der Rationalisierung eine günstigere Produktionsbasis zu haben, pfeifen die Monopolkapitalisten auf verbindlich erklärte Zwangstarife und geben auf diese Weise die typisch kapitalistische Antwort auf die wirtschaftsdemokratische Gewerkschaftsforderung. Da die Gewerkschaften bedingungslos für die Rationalisierung sind, müssen sie die im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaues liegende höllisch gesteigerte Ausbeutung des Proletariats sanktionieren durch Respektierung der Hungerschiedssprüche. Die eiserne Logik ihrer wirtschaftsdemokratischen Illusionspolitik zwingt die Gewerkschaftsbürokratie, als staatlich konzessionierte Schlichtungspolizei, immer wieder die Arbeiter in das Joch elendester Sklaventarife zu treiben mit den Waffen planmäßiger Klassenkampfabbrosselung und organisierten Streikbruches. Selbst dann nicht versagen die Gewerkschaften als Büttel des Schiedsspruchfaschismus, wenn, wie im Ruhrkampf, der Bankrott ihrer schlichtungsgesetzlichen Politik offen zutage liegt. So sind die Gewerkschaften restlos zu einem Organ geworden, das die proletarischen Klasseninteressen täglich für das Linsengericht der „Wirtschaftsdemokratie" auf dem Altar des Monopolkapitalismus opfert.

Angesichts dessen ist für die Arbeiterschaft der einzige Ausweg der Kampf Klasse gegen Klasse. Der Widerstand gegen die Hungeroffensive der Kapitalisten und ihre staatliche Schlichtungsdiktatur ist heute der Dreh- und Angelpunkt proletarischer Klassenpolitik, ist der Ausgangspunkt des revolutionären Massenkampfes gegen die Lohnsklaverei. Zu diesem Kampf ruft die AAU. das Proletariat auf unter der Parole: Aus der gewerkschaftlichen Etappe der Tarif-Knechtschaft heraus, zum Sturm auf die Ausbeutungsbollwerke, zur Eroberung der Betriebe!

IV.

Das Kernproblem der reformistischen Arbeiterbewegung war im wesentlichen die Enthüllung und Anprangerung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Die hierzu erforderliche Taktik veranlaßte den Vortrupp des Proletariats (Sozialdemokratie und Gewerkschaften), in die Parlamente und die übrigen ihm zugänglichen Institutionen des Staates einzudringen, um den Arbeitermassen das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft zu enthüllen. Das Wesen dieser Taktik bringt es mit sich, daß die Führer für die Masse dachten und deren politisches Handeln bestimmten. Die dadurch bedingte Lahmlegung der Initiative des Proletariats führte zwangsläufig zu Führerpolitik und damit zur Verhinderung von Massenaktionen. Die Taktik der alten Arbeiterbewegung hemmt aber nicht nur die Entwicklung zur revolutionären Klassenaktivität, sondern nimmt der Arbeitermasse auch jegliche Kontrolle über die Instanzen ihrer Organisationen. Der Opportunismus der KPD. ist ein klarer Beweis dafür, daß auch nicht durch einen Führerwechsel das System der reformistischen Politik und Organisation grundlegend zu ändern ist.

Das Problem der modernen Arbeiterbewegung ist, Führer- und Masseninitiative zu einheitlichem Wollen zusammenzuschweißen. Das ist bei der konservativen Verknöcherung der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Organisationen nur möglich durch Zertrümmerung der reformistischen Gebilde. Das Proletariat muß sich Organisationen schaffen, die seinem Klassenwillen gehorchen und in sich die Voraussetzungen zur Organisierung von Machtkämpfen tragen, d. h. jede zünftlerische Einstellung wie Instanzenpolitik ausschalten, und die Proletarier auf der Grundlage der Betriebe als Klasse vereinigen. Indem das Proletariat an die Stelle der Führerpolitik seine Klassenpolitik setzt, überwindet es durch eigenes Handeln seine ideologische Rückständigkeit und wird den Führern ebenbürtig. Die ständig abberufbaren Aktionsausschüsse und die revolutionären Räte selbst schaffen die historische Plattform, auf der Führerinitiative und Massenwille zur Deckung verschmelzen. Dort kann die Arbeiterschaft in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus den konterrevolutionären Gegensatz zwischen Führer und Masse aufheben und alle Kräfte auf den Kampf Klasse gegen Klasse konzentrieren.

V.

Die Voraussetzungen dieses Kampfes Klasse gegen Klasse sind: 1. Die Zertrümmerung der Gewerkschaften und statt dessen Aufbau einer revolutionären Massenorganisation; 2. die revolutionäre Einsicht des Proletariats in die Bedingungen seines Kampfes überhaupt. Diese organisatorischen und ideologischen Voraussetzungen des Kampfes um die Produktionsmittel und die politische Macht sind untrennbar miteinander verknüpft.

Das Proletariat als Masse lernt nicht nur aus Büchern, sondern vor allem aus seiner eigenen Erfahrung. Die revolutionäre Propaganda kann wohl den Boden des revolutionären Kampfes auflockern, aber nur der Klassenkampf selbst als die Urquelle revolutionärer Erkenntnis kann dem Proletariat zum Bewußtsein seiner historischen Mission verhelfen. Deshalb hat die AAU. nicht nur revolutionäre Propaganda, sondern auch Schaffung der Bedingungen für die angehemmte Entwicklung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit zur Aufgabe.

Die Gewerkschaften zersplittern die Arbeiterklasse in Berufe. Sie ersetzen den Willen und die Aktion der Klasse durch die Kasteninteressen der Gewerkschaftsbürokratie, die alle Massenkämpfe gegen das Kapital sabotiert und erstickt, weil in der gegenwärtigen Niedergangsperiode, wo der Kapitalismus Millionen seiner Sklaven dem Untergang ausliefert, diese Kämpfe zum Ausgangspunkt für revolutionäre Kämpfe um die Macht und die Produktionsmittel werden können. Daraus entspringt die Notwendigkeit der Zerstörung der Gewerkschaften als Hemmnis des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit und somit der proletarischen Revolution. Ferner ergibt sich daraus auch die Notwendigkeit des Aufbaues der revolutionären Massenorganisation des Proletariats, der Betriebsorganisationen und ihrer Zusammenfassung in der AAU. Nur dadurch werden mit den organisatorischen auch die ideologischen Voraus-

Paradoxe Wirkungen der Rationalisierung

In „Der Berufrlet" Nr. 34 Seite 20 ist unter der Spitzmarke **„Ferien- und Sonntags-Krankheiten"** folgender beachtenswerter Aufsatz:

„Man kennt in der Heilkunde nervöse Gesundheits-Störungen, die immer mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftreten und sich merkwürdigerweise fast immer gerade an den Sonntagen einstellen. Sie äußern sich gewöhnlich in Kopfschmerzen und Störungen der Magen- und Darmtätigkeit, und zwar in einer Weise, daß dem Patienten der Sonntag regelmäßig verdorben ist. Man versuchte nun, die Störungen mit dem am Sonntag verlängerten Schlaf oder der etwas besseren Kost in Zusammenhang zu bringen doch traten sie ebenso auf, wenn am Sonntag die Lebensgewohnheiten der Werktage beibehalten wurden, sonach hat man es hier mit einer rein nervösen Erscheinung zu tun, und in der Tat handelt es sich bei den Sonntags-Neurosen, wie der sie stadierende Forscher Ferenczi die eigenartigen Erkrankungen bezeichnet, nicht um Körperliche, sondern um seelische Ursachen. Während sich der gesunde Mensch am Sonntag freier und sorgloser fühlt, tritt beim nervösen die entgegengesetzte Stimmung ein, und er wird durch die ungewohnte Freiheit und Ruhe so gereizt, überempfindlich und niedergedrückt, daß schließlich der Organismus leidet und die genannten Gesundheits-Störungen veranlaßt werden. In ähnlicher Weise treten bei manchen Menschen auch nervöse Ferien-Krankheiten auf. Solche Menschen kommen während ihrer Ferien zu keinem richtigen Genusse ihrer Freiheit, weil sie fortwährend von allen möglichen nervösen Zuständen gepeinigt werden. Die ungewohnte Langeweile und Arbeitslosigkeit macht diese ferienkranken Menschen so reizbar und grüblerisch, daß sie sich jede Erholungsmöglichkeit nehmen und endlich gleichfalls Gesundheitsstörungen eintreten. In dem Augenblicke, in dem sie die gewohnte Umgebung wieder haben, die Arbeit sie wieder in ihren Bann schlägt, sind alle Beschwerden wie mit einem Schlage verschwunden und die seelische wie auch körperliche Niedergeschlagenheit wie weggeblasen."

So weit diese „wissenschaftlichen", physiologischen und psychologischen Feststellungen.

Zur Erklärung des Phänomens der Sonntagskrankheit, dem sich sogar speziell ein Forscher widmet, muß um den richtigen Grund zu finden, etwas weiter ausgeholt werden.

Wie bekanntlich der tierische Geist selbstredend auch menschliche) Körper, wenn eine Drüse aus dem Drüsensystem des Körpers entfernt wird? Wohlvermerkt eine solche Drüse, deren Verlust in kurzer und kürzester Frist nicht zum Tode führt, wie etwa Neben-Niere oder Schilddrüse, denn diese beiden Drüsen entfernt, tritt relativ rasch der Tod ein, namentlich der Verlust der Neben-Niere führt sehr rasch zum Tode. — Wird dagegen beispielsweise die Sexual-Drüse entfernt (oder durch Bestrahlung in seiner innersekretorischen Tätigkeit geschwächt) so lebt das Individuum weiter, wie ja die zu Nützzwecken des Viehhalters angewandte Kastration zur Genüge beweist. Die dem Körper verbliebenen restlichen Drüsen-Gruppen scheinen durch veränderte oder vermehrte Sekret-Absonderung den Ausfall des innern Sekrets des verlorenen Organs im Körperhaushalt wett zu machen. Daß, wenn auch das Aeußere des Tierkörpers sich nicht sehr wesentlich nach der Verstümmelung des Tieres ändert namentlich wenn selbes schon geschlechtlich reif ist, das Innere des Tierkörpers, daß tiefgreifende innere Veränderungen der Körpersäfte stattfanden. So ist auch dem Nicht-Tierärzte bekannt, daß ein weiteres Merkmal des verstümmelten männlichen Tieres das Fehlen des „Kämpfens", das überhaupt Nichtinteressiertsein des Tiers, usw., im Gegensatz zum mehr stimmfreudigen, freudelosen, ausgeschlossenen, eben der beabsichtigte Zweck der Kastration mit ist, neben anderen Momenten, etwa der Qualität des Fleisches etc. Die Wissenschaft, Physiologie, Biologie, Medizin hat diese Tatsache Muskel-Apetit mag wohl den Prozeß, daß die übrigen Restdrüsen den Ausfall der verlorenen Drüse wett machen, noch unterstützen. Vielleicht spielt die Absonderung des arbeitenden Muskels, viel leicht sogar kleinste Mengen des Ermüdungsstoffes, neben innern Sekretion der eigentlichen Drüsen eine Rolle; vielleicht auch entspricht der Muskeltätigkeit etwa gar eine Drüse, die dadurch stärker als sonst zur innern Sekretion angeregt wird.

Nun ist aber die Tatsache vom Ausfallserscheinungen nicht nur dann gegeben, wenn eine Dr

setzungen für die Umwandlung der täglichen Kämpfe der Arbeiterklasse in Kämpfe um den Sturz des Kapitalismus geschaffen.

Die AAU. lehnt die Ansicht, daß die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gegensatz zur Revolution stehen, als utopisch und konterrevolutionär ab. Diese Ansicht entspringt jener falschen Auffassung, die den Klassenkampf des Proletariats von seiner materiellen Grundlage loslöst und so aus der Tatsache des Klassenkampfes einen Begriff und aus dem wissenschaftlichen Kommunismus eine Utopie macht. Die Wirtschaftskämpfe sind die Vulkanquelle der proletarischen Revolution. Wie in seiner historischen Entwicklung, so auch in jedem einzelnen Fall beginnt der Kampf der Arbeiter unvermeidlich als Kampf um Verbesserungen, als Kampf gegen einzelne Auswüchse des Kapitalismus. **Die Aufgabe der AAU. besteht deshalb in der rücksichtslosen Entfesselung von Wirtschaftskämpfen und in der Umwandlung des Kampfes gegen Auswüchse des Kapitalismus in den Kampf gegen das System selbst,** in der Umwandlung des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Kampf um die Macht und die Produktionsmittel. Der Unionist hat daher die Pflicht, die Proletarier zum Widerstand gegen die Ausbeutung anzutreiben, den Nöten der Arbeiter in konkreten Tagesforderungen Ausdruck zu geben und so Konflikte auszulösen im Hinblick auf das Ziel der Ausweitung von Wirtschaftskämpfen zu politischen Kämpfen.

VI.

Die AAU. ist die Verkörperung des Hasses und der Rebellion gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sie vergißt nie den Marx'schen Gedanken, daß eine Klasse, die in den täglichen Konflikten mit dem Kapital feige nachgibt, sich selbst der Fähigkeit beraubt, einen größeren Kampf zu unternehmen, indem die AAU. immer die Spitze des Kampfes gegen die kapitalistische Staatsgewalt zu richten sucht, vergißt sie keinen Augenblick, daß dieser Versuch nicht allein von dem Willen der Union und der kämpfenden Arbeiter abhängt. Sie darf daher bei der offensichtlichen Unmöglichkeit eines solchen Versuches die Arbeiter nicht in Illusionen wiegen, sondern muß ihnen klar machen, daß selbst die größten Anstrengungen der AAU. und der kämpfenden Arbeiter, z. B. eines Betriebes oder einer Branche, das Kräfteverhältnis nicht zu ändern vermögen, wenn das Proletariat sich von der gewerkschaftlichen Legalität noch nicht trennen kann. Die Lehren aus einem solchen, zum Scheitern verurteilten Teilstreik müssen darin bestehen, den Kampf mit und in der Union zu führen, um den konterrevolutionären Einfluß der Gewerkschaften im Gesamtproletariat zu brechen.

Der konterrevolutionären Instanzenpolitik setzt die AAU. die proletarische Massenaktion entgegen und kämpft dafür, daß die Arbeiterklasse den Kampf um ihr Schicksal selbst in die Hand nimmt und der Proletariersolidarität in selbstgewählten Aktionsausschüssen organisatorischen Ausdruck gibt. Die AAU. wird mit und in den Aktionsausschüssen kämpfen, solange die kämpfenden Arbeiter auf der Kampfplattform der AAU. stehen, und die Aktionsausschüsse selbst nicht den Weg der Auslieferung der Bewegung an das Kapital und seine Zuhälter beschreiten. Wenn das Proletariat diesen Weg nicht geht, wird die AAU. nicht davor zurückschrecken, die Aktionsausschüsse zu sprengen.

Andererseits ist sich die Union darüber klar, daß die Aktionsausschüsse vor der Notwendigkeit stehen, die Kämpfe nach den realen Möglichkeiten zu liquidieren. Um den gewerkschaftlichen Hyänen des Klassenkampfes nicht das Feld zu überlassen und um einen planlosen Kampfabbruch zu verhindern, muß im Fall der Aussichtslosigkeit eines Kampfes jede Betriebsbelegschaft dazu übergehen, selbst die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit zu lösen. Dieser planmäßige Kampfabschluß ist schon deshalb notwendig, um die revolutionären Kampferfahrungen organisatorisch besser auswerten zu können. Die Proletarier müssen in jeder, auch der schwersten Situation, in Klassensolidarität zusammenstehen, da nur so die Zukunft des revolutionären Klassenkampfes gesichert werden kann.

Die IWW. und die AAU.

(Fortsetzung.)

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD.).

Und nun kommen wir zu dem Geheimnis der „Doppel-Organisation", welche in dem Schreiben der AAU. im April erwähnt wurde. Der Zweck der Betriebs-Organisationen der AAU. ist das Ziel, die reinen einfachen gewerkschaftlichen Streiks „zu verbreitern" zu Massenaufständen. Nachdem die Arbeiter ihr Hirn vergessen haben, und der politische Staat der Kapitalisten zusammenstürzt ist, haben diese Betriebs-Organisationen die Masse von der Hilflosigkeit zu verschwinden und die politische Partei, die KAPD., erscheint auf der Bühne, um durch die Diktatur die „proletarische Ordnung" zu errichten, und den wirtschaftlichen Prozeß zu organisieren. — wenn ein solcher da ist. Vor uns liegt eine Broschüre von an Seiten, es ist das Programm der KAPD. Wir lassen sie sorgfältig und suchten mühsam darin eine Rechtfertigung für das Dasein dieser Partei zu finden, konnten aber keine finden. Der Hauptbestandteil dieses Büchleins ist damit ausgefüllt, die Nutzlosigkeit und das Unzeitgemäßen, den Verrat und das Verraten der Gewerkschaften, der sozialistischen und der kommunistischen Partei aufzuzeigen. Die einzige Entschuldigung für die Existenz der KAPD. scheint die Verdorbenheit der anderen Parteien zu sein. Alles, was in dem Programm über die politischen Parteien gesagt wird, ist wahr genug. Wir wußten dies lange, ehe die KAPD. gegründet wurde. Wir kamen aber niemals in Versuchung, deshalb eine politische Partei anzubauen, gerade weil politische Arbeiterparteien in ihrer eisernen Natur Hemmschuhe sind. Die KAPD. will die soziale Revolution, den Umsturz des kapitalistischen Systems, Arbeiträte in Deutschland und revolutionäre Betriebs-Organisationen. Aber wie die KAPD. zur Erreichung irgendeines dieser Ziele nützen kann, ist auch nach Studium ihres Programms, ein Rätsel.

In dem an uns gerichteten Artikel beklagen sich unsere deutschen Genossen über unsere Behauptung, sie organisierten sich als eine „politische Hilfstruppe", „Unsere Aufgabe", sagt der Artikel, „ist nicht, die Existenz einer politischen Partei zu rechtfertigen, und wir antworten auch hier, daß die KAPD und die AAU. zwei gänzlich getrennte Organisationen sind, deren brüderliche Beziehungen, aus der gleichen Auffassung betreffs des Charakters und der Aufgabe der Arbeiterbewegung entspringen". Auch dies macht uns die Sache nicht klarer. Warum zwei Organisationen, die sich auch tatsächlich aus den gleichen Mitgliedern rekrutieren? Die Programme der beiden Organisationen erklären dies nicht, aber durch die Diskussion, die wir mit den AAU.-Genossen gelegentlich ihres Besuches hatten, bekamen wir eine Vorstellung davon. In den Betriebs-Organisationen wird jeder, der in dem Betrieb arbeitet, und das Programm der AAU. anerkennt, als Mitglied zugelassen, da diese nur die gewöhnliche Unionsarbeit zu tun haben, wie Agitation in den Betrieben, unter der Gefahr, die Arbeit zu verlieren und auf die schwarze Liste gesetzt zu werden, ferner Teilnehmen an Straßendemonstrationen und sich um die Massenaktionen willen die Köpfe einschlagen zu lassen. Zur Partei aber kann nur die Elite gehören. Und das sind die, welche für die „Gemeinen" der wirtschaftlichen Organisationen das Theorisieren und Philosophieren besorgen, und die evtl. während der Diktatur aus Ruder zu kommen hoffen, wenn die Massenaktion Erfolg hat. Es ist bemerkenswert, daß die erste Mitteilung, die der IWW. von der AAU. zukam, nicht von der wirtschaftlichen Organisation, sondern von der KAPD. gezeichnet war — der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Sie tritt also heute schon als Außenministerium der AAU. auf.

Zunftgewerkschaften.

Ein zur Teil des Artikels, den die AAU uns zusandte, ist der Nichtsnutzigkeit, dem Verat und der Rückständickeit der deutschen Gewerkschaften gewidmet. Wie Von der IWW. sind mit dieser Sache durchaus bekannt. Ungefähr seit einem Vierteljahrhundert schrien wir es von den Dächern, daß die Fachvereine Amerikas keine Arbeiterklassen-Organe, sondern im Gegenteil Bollwerke des Kapitalismus seien. Es ist ein kleiner Unterschied zwischen den deutschen und den amerikanischen Fachvereinen, den wir hier erwähnen möchten.

Die deutschen Fachvereine gingen von der Anerkennung des Klassenkampfes in der Gesellschaft aus. Aber je mehr der Verrat der Verbände wuchs und das bezahlte Beamtentum überhand nahm, wurde der Klassenkampf immer mehr in den Hintergrund gestoßen, und das Versicherungswesen wurde zu einem immer größeren und beherrschenden Teil des gewerkschaftlichen Lebens in Deutschland gemacht. Daher haben unsere deutschen Kameraden ein gewisses Recht, sich über das „verräterische" Verhalten der Gewerkschaften zu erbosen, deren Führer den Klassenkampf verlassen und durch Klassenbarone ersetzt hätten.

Die IWW. ist keine zweite Organisation. Hier in Amerika haben wir weniger Grund, uns über das Gebahren der kapitalistischen Arbeiterfeutnants, dieser Arbeiter-Faktire, aufzuregen. Die amerikanischen Berufsverbände wurden nicht organisiert, um den Klassenkampf des amerikanischen Proletariats zu führen. Wenn sie wirklich zu diesem Zweck organisiert worden wären, würden sie heute nicht Fachverbände sein. Als wir die IWW. im Jahre 1905 gründeten, organisierten wir keine Doppel- oder Parallel-Organisation des bestehenden Fachvereins. Nein, wir sagten es damals und wir sagen es heute, **wir organisierten die IWW., als die einzige Arbeiterorganisation von Amerika,** denn es gab damals in diesem Lande keine Arbeiterorganisationen. Die Fachverbände Amerikas beanspruchen nicht, Organisationen der Arbeiterklasse zu sein. Es waren die Sozialisten und später die Kommunisten, die entgegen dem Protest der Berufsverbändler selbst diese Fachverbände Klassenorganisationen benannten. Es wird in den Räumen der Maurerverbände mehr Haß gegen die Zimmerleute und umgekehrt bei den Zimmerleuten gegen die Maurer ausgestoßen, als gegen die betreffenden Arbeitgeber, ja selbst wenn man sich im Streik gegen sie befindet. Eine Fachorganisation wird zu dem Zwecke organisiert, um die Interessen einer bestimmten Gruppe von Menschen, die bestimmte Fachkenntnisse besitzen, gegen den übrigen Rest der Welt, sei es auch die übrigen Arbeiter, zu verteidigen. Je mehr sich die Industrie entwickelt, wird die Arbeit der Handwerker überflüssig, und ungelernte Arbeiter übernehmen den größten Teil der Arbeiten, die früher gelernten Handwerks. Aber der Handwerker, sowie sein Bruder, der Bauer, ist reaktionär. Er kann den Fortschritt nicht verstehen. Er versteht nicht, daß im Flusse der Zeit immer weniger seine Kunst gebraucht wird, daß er in die Reihen der Masse der Proletarier geschwemmt wird, in die Arbeiterklasse, und daß daher, wie unsere Prinzipien erklären, er muß von dem ihrigen Teil der Arbeiter als Klasse organisieren muß, von der Erde und den Produktionsmitteln Besitz ergreifen und das Lohnsystem abschaffen muß. Aber unser Handwerker, sowie sein Bruder, der Bauer, ist reaktionär. Er kann den Fortschritt nicht verstehen. Er versteht nicht, daß im Flusse der Zeit immer weniger seine Kunst gebraucht wird, daß er in die Reihen der Masse der Proletarier geschwemmt wird, in die Arbeiterklasse, und daß daher, wie unsere Prinzipien erklären, er muß von dem ihrigen Teil der Arbeiter als Klasse organisieren muß, von der Erde und den Produktionsmitteln Besitz ergreifen und das Lohnsystem abschaffen muß. Aber unser Handwerker, reaktionär, wie er nun einmal ist, klammert sich an alte Ideen der alten Fachvereine und verflucht den enteigneten kleinen Bauern, der vom Land weggetrieben und durch landwirtschaftliche Maschinen ersetzt wurde, der jetzt in Arbeit ist, um eben diese Maschine zu bauen, die ihrerseits wieder den gelernten Handwerker verdrängt.

Daß die meisten Gewerkschaftsführer Blutsauger sind, ist außer Frage. Denn wenn sie selbst fuzendengel wären, das Los der Fachvereinler wäre nicht besser. Ihre Organisation ist ganz und zar veraltet, wie die Flintenmuskete und die Ochsenkarre. Ganz gleich, wie ehrlich ein Führer der Ochsenkarre ist, er kann seinen Wagen nicht mit einem modernen Automobil Schritt halten lassen. Trotzdem es wahr ist, daß die Führer der Fachvereinler das Interesse der Handwerker häufig verkaufen und verraten in dem besonderen Fachverein, so ist es doch kaum richtig, daß sie das Interesse der Arbeiterklasse verraten, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht beanspruchen, das Interesse der Arbeiterklasse, sondern nur das einer ganz bestimmten Sorte von Handwerkern repräsentieren.

Die Fachvereinler Amerikas handeln auch bei ihrer Mitgliedschaft als Versicherungsgesellschaft. — wir nannten sie die Sarg-Gutschein-Gesellschaften. Dieser Charakter als der Versicherungsgesellschaften ist dafür verantwortlich, daß ein großer Teil der Mitgliedschaft sich noch an diese Überlebensvereine klammert. Jedoch der andere und Hauptgrund für ihr jetziges Dasein ist, daß die Führer der Fachvereine der Kapitalistenklasse ein Interesse daran hat, diese Fachvereine am Leben zu erhalten, als ein Teil seiner Geschäftsleitung.

Die proletarische Waffe ist die eine große Organisation.

Der Arbeiterunion-Artikel argumentiert, daß es von geringer Wichtigkeit ist, ob die Arbeiter im Fachverein oder in einer großen Organisation organisiert sind. Sie fragen hier, daß in Deutschland einige der alten Gewerkschaften in Industrieverbände oder große Unionen verschmolzen sind, daß aber indes der Geister der Wirklichkeit die Arbeiter-Partei noch besser imstande sind, mit der Art der einen großen Union wie es hervorzubringen, da sie eine größere Arbeiterarmee unter ihrem Kommando haben. Daher erklärt der Artikel, daß die Form der Organisation nichts mit dem Klassenkampf zu tun hat, daß allein von dem Klassenbewußtsein der Arbeiter abhängt und von dem Selbstbewußtsein der Unionisten. Wir stimmen mit der AAU. darin überein, daß es nicht genügt, daß die Arbeiter sich in den einen großen Union organisieren sind unter Führern der Arbeiteraristokratie der Kapitalistenklasse. Jedoch die eine große Union, die von der IWW. empfohlen und organisiert wird, gründet sich auf den Klassenkampf und ist weiterhin zugeschnitten auf die direkten Kontrolle der unteren Masse der Mitglieder der IWW. Die Funktionäre sind nur die Diener, die die Befehle der Mitgliedschaft ausführen haben. Die Funktionäre der IWW. hatten niemals das Recht, über Friedensschlüsse für irgendeinen Teil der IWW. zu verhandeln.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung

Gelsenkirchen-Buer

Erwerbslosendemonstration und Sabotage der KPD.

Wie verloren die kapitalistische Meute ist, bewegt wieder einmal das letzte Weihnachtsfest. Als Buer und Gelsenkirchen selbständige Städte waren, hat man noch jedes Jahr seitens der Stadtverwaltungen den Erwerbslosen eine Weihnachtsbeihilfe zugebilligt. Jetzt, wo doch die Mehrheiten der parlamentarischen Parteien und der Stadtverwaltung die Stadt Gelsenkirchen-Buer finanzkräftiger ist, die die Eingemeindung durchgeführt hat, erklärt die gesamte kapitalistische Meute, es ist kein Geld da für Erwerbslose. Brüninik, SPD.-Parteisekretär, erklärte auf der letzten Stadtverordnetensitzung: Die Finanzlage der Stadtverwaltung ist schlecht, wir können eine Extrabeihilfe für die Erwerbslosen nicht bewilligen. KPD.-Stadtverordnete tobten, aus Protest verließen sie die Sitzung. Der Oberbürgermeister Zimmermann ließ die Tribüne räumen, da die Erwerbslosen die Stadtverordnetensitzung störten.

Trotzdem die KPD.-Fraktion die stärkste Fraktion ist im Stadtparlament, hat sie nichts mehr unternommen für die Erwerbslosen, auch nicht außerparlamentarisch. Gelsenkirchen-Buer hatte nach der letzten Statistik 12 000 Erwerbslose, durchschnittlich erhält ein Erwerbsloser mit 2 bis 3 Kindern 25 Mk. wenn er gut auf seiner letzten Arbeitsstelle verdient hat, alle anderen, das sind die meisten der Erwerbslosen, weil dieser Teil nur Notstandsarbeiten macht, wenn sie ausgesteuert haben, bekommen durchschnittlich 20 Mk. an Unterstützung. Damit muß die Familie ernährt werden, Miete bezahlt werden, Kleidung angeschafft werden usw. Fest steht aber, daß man von der Unterstützung sich knapp satt essen kann.

Um aber zu beweisen, daß die KPD. für die Erwerbslosen kämpft, hat der Vorsitzende vom Erwerbslosenausschuß, Siebert, eine **Demonstrationskundgebung** am Donnerstag, den 20. Dezember, auf dem Marktplatz einberufen. Ein Vertreter des Erwerbslosenausschuß des Stadtteils Gelsenkirchen sprach zu den Erwerbslosen. Seine Ausführungen wurden durch Zwischenrufe dauernd unterbrochen. Wie der Redner die blaue Polizei sah, die sich zahlreich eingefunden hatte, sprach er über die armen Blauen, die tage- und nächtelang auf der Straße Dienst machen müssen und nur ein Hundegehalt dafür bekommen. KPD. kämpft für die Polizei gerade so wie für die Erwerbslosen. Das löste natürlich eine helle Empörung unter den Erwerbslosen aus, es wurden Rufe laut, wie Blutbunde, vollgefressene Bande usw. Nur mit aller Not konnte der KPD.-Vertreter seine Rede zu Ende halten. Siebert schlug nun vor, man solle eine Kommission wählen, die nochmals mit der Stadtverwaltung verhandeln soll wegen einer Weihnachtsbeihilfe. Unterdessen, wo die Kommission sich aufs Rathaus begibt, sollen die Erwerbslosen demonstrieren. In diese Kommission schlug man von seiten der Erwerbslosen einen AAU.-Genossen vor. Da dieses stürmisch verlangt wurde, mußte man den AAU.-Genossen auch das Wort geben. Der AAU.-Genosse rechnete scharf ab mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, enthüllte ihre Demokratie sowie ihre Sozialgesetzgebung. Die Demonstration wird nur dann einen Zweck haben, wenn sie einheitlich mit den Arbeitern aus den Betrieben durchgeführt wird auf **antigesetzlicher, antiparlamentarischer, antigewerkschaftlicher** Grundlage.

Am heiligen Abend um 5 Uhr kommt auch Siebert auf der Marktplatz und erklärt zu jedem, es hat keinen Zweck zu demonstrieren, denn es kommt keiner. Hier sieht man offen die Sabotage der KPD. Sie will **keine Kundgebung und Demonstration auf antigesetzlicher Grundlage.** Erst auf Drängen eines Teiles der Erschienen doch wenigstens zu sprechen zu. Bericht anzugehen bequemte sich Siebert, die Kundgebung zu eröffnen. Ferner stellten wir fest, daß man bis dahin keine Polizei auf dem Marktplatz gesehen hat, also auch die Polizei war schon benachrichtigt, daß keine Hungerdemonstration stattfindet, denn sonst nahm sie Aufstellung schon lange bevor die Kundgebung eröffnet wurde. Aber es dauerte nicht lange und Beamte der Polizei mit ihren Offizieren waren zur Stelle. Siebert, gezwungen von den Erwerbslosen, mußte die Kundgebung eröffnen und erteilte dem AAU.-Genossen das Wort zu dem Bericht. Unter der AAU.-Genosse geißelte scharf die Sabotage der KPD. Er forderte alle auf, Weihnachten in der Sinne zu begehen, daß es für uns eher keine Weihnachten gibt bis wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung gestürzt haben unbeschadet aller parlamentarischen Parteien. Ein KPD.-Redner versuchte noch zu retten, was nicht mehr zu retten war. Das Fazit dieser Weihnachtsaktion ist: Die KPD. hat im Parlament Anträge für die Erwerbslosen gestellt: — umsonst wie der Ruf nach außerparlamentarischer Aktion erwies sich als elende Phrasendrescherei. Mögen die Proletarier daraus die Lehre ziehen und sich in die Klassenfront der revolutionären Betriebsorganisationen einreihen.

Rheinland-Westfalen

Die kürzlich stattgefundene Bezirkskonferenz ist der Ansicht, daß das Programm der AAU. veraltet ist, nicht in seinem prinzipiellen Teil, sondern in aktueller Beziehung. Zum Beispiel fehlt: Neuere Entwicklung des Kapitalismus (Rationalisierung), Schlichtungswesen bzw. Wirtschaftsdemokratie, Ergänzung zur Rolle der Gewerkschaften (Hamburger Kongreß), Erwerbslosenproblem, Charakterisierung der selbständigen Verbände etc.

Die Konferenz erachtet es deshalb für notwendig, daß die 9. Reichskonferenz die Neuherausgabe der AAU.-Programmbroschüre beschließt.

Mitteilungen

JANUAR 1929.

Reich

Oeffentliche Januar-Kundgebungen.

Dortmund: Mittwoch, den 16. Januar 1929, abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Lessing-Ecke Leibnitzstraße.

Bochum: Sonntag, den 13. Januar 1929, vormittags 10 Uhr, im Wirtshaus Ludwig Graul, Kortenplatz Nr. 2 (am Friedhofsplatz).

Buer-Gelsenkirchen: Sonntag, den 13. Januar 1929, nachmittags 4 (16 Uhr), im Lokal Kaldewey, Buer, Horststraße.

Herne: Montag, den 14. Januar 1929, abends 6 Uhr, im Lokal Jörsters, Neustraße.

Bockenheim/Frankfurt-Main: Freitag, den 11. Januar 1929, abends 7.30 Uhr, bei Ständer, Berkgerstr. 249, öffentlicher Diskussionsabend. Thema: Die Aufgaben des revolutionären Proletariats in den kommenden Wirtschaftskämpfen.

Oeffentliche Quittung für VRUK.

Von der Ortsgruppe Leipzig gingen ein: Sammelliste Nr. 501 38.50 Mk., Sammelliste Nr. 504 1.— Mk.

Groß-Berlin

Zur Beachtung!

Von außerhalb unserer Bewegung stehenden Elementen wird versucht, die blödesten Gerüchte über die politische Organisation zugebrieftigkeit des früheren Reichstagsabgeordneten Ernst Schwarz zu kolportieren und die AAU. mit Dreck zu bewerfen. Auf Anfrage an unsere Bruderorganisation können wir dieses mitteilen, daß Schwarz nicht mehr Mitglied der KAP. ist. — Wir erwarten von allen Unionsgenossen, daß sie jeder weiteren Agitation durch Außenstehende aufs schärfste entgegen treten.

22er Kommission.

Nowawes.

Funktionärsitzung jede Woche Donnerstags im Restaurant „Dachshöhle", Plantagenstraße. Mitgliederversammlung alle 14 Tage am Freitag im „Sportheim", Gebauer, Wallstr. Erstmalig am 11. Januar.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Funktionär-Sitzung Groß-Berlin.

Am Mittwoch, den 16. Januar 1929, abends 8 Uhr, im Lokal König, Lange Straße 53.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 10, Nr. 2 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

„Ich war, ich bin, ich werde sein!"

Den Gefallenen der Januarschlacht 1919 zum Gedächtnis

Ein Jahrzehnt ist vergangen seit jener blutigen Januarwoche, in der das revolutionäre Proletariat Berlins unter Führung des Spartakusbundes den heroischen Versuch machte, der sozialdemokratischen Gironde das konterrevolutionäre Handwerk zu legen. In leidenschaftlicher Aufbäumung sollten die Ebert-Scheidemann durch einen kühnen Vorstoß gestürzt werden, sollte die halbe Revolution zur ganzen werden. Doch so unvermeidlich der an der personellen Besetzung des Polizeipräsidiums entbrannte Machtkampf auch war, so ungünstig waren noch die Kampfbedingungen für den revolutionären Vortrupp. Auf die Hilfe politisch verworrener Soldatenhaufen vertrauend, auf die beständig unentschlossenen USP.-Führer sich verlassend, mußten die Spartakuskämpfer in eine Schlacht gehen, deren politischer Ausgang von den Elementen der Halbheit und Zaghaftigkeit bestimmt wurde. Aller Opfermut des kühnen Sturmtrupps konnte nicht die unsägliche Tatsoldarität der proletarischen Massen ersetzen, konnte nicht den schendlichen Triumph der gegenrevolutionären Meute verhindern.

So mußten die proletarischen Helden der Januarwoche 1919 nach ruhmvollem Kampfe die Waffen strecken, nur dunkel ahnend, welch furchtbares Gericht über sie schalten werden sollte. Denn die unter dem Schutze der Ebert-Partei sich sammelnde Bourgeoisie nahm barbarische Rache für all die Angst und den Schrecken, die ihr der Spartakusaufstand eingejagt hatten. Wie Galliffet, der Henkergeneral der Pariser Kommune 1871, wüteten die Noskehunde unter den besiegten Januarkämpfern, zügellos, im Mordrausch. Die Niedermetzelung der „Vorwärts"-Parlamentäre, die Treibjagd auf Spartakus — die viehische Schlächterei der Ordnungsbanden des Noske ist ebenbürtig allen in der Weltgeschichte bisher vollbrachten „Heldentaten" der Bourgeoisie gegenüber niedergeworfenen Proletariern. Und dann am 15. Januar 1919 der Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, den Monsieur Zickler, der damalige Hausdiener des „Vorwärts", schon tagelang vorher herbeisehnte. Die Ermordung der beiden Spartakusführer war der Dolchstoß, mit dem die von der Ebert-Regierung gemästete Konterrevolution dem revolutionären Proletariat ins Herz treffen wollte. Ihre Treue zur Arbeiterrevolution, ihre Mission als glühendste Vorkämpfer des Sozialismus, ihre praktische Solidarität mit den Januarkämpfern trotz Verfolgung und Mordhetze mußten Karl und Rosa mit dem Leben bezahlen. So befahl es vor zehn Jahren das ungeschriebene Gesetz der bürgerlichen Demokratie.

*

Heut sind es zehn Jahre her, daß die Arbeiterschaft den erschlagenen Spartakus unter dem Freudengeheul der weißgardistischen Mordbuben zu Grabe trug. Wieder läßt das revolutionäre Proletariat die dramatischen Ereignisse der Januarwoche 1919 an seinem geistigen Auge vorüberziehen, im ehrenden Gedenken an all seine Opfer der revolutionären Kämpfe. Und wiederum senken Arbeitermassen ihre roten Fahnen über den Totenhügeln der Revolution, um Anklagen und Kampfgelöbnisse zu erheben.

Denn es kann und darf nicht sein, daß der 15. Januar nur ein Tag proletarischer Totenklage ist. Die Arbeiterschaft darf nicht nur rückwärts auf die Golgathastätte ihres Befreiungskampfes schauen, sondern muß um ihrer selbst willen vorwärts blicken, wenn sie das Vermächtnis ihrer Toten erfüllen will. Gerade die Gefallenen der Spartakuswoche und besonders Liebknecht-Luxemburg mahnen mit ihrem Opfertod das Proletariat, vorwärts zu stürmen, um das Werk der sozialen Revolution zu vollenden. Nicht länger klagen um den großen Verlust, den die Arbeiterklasse in der Meuchelung Karls und Rosas erlitten hat, sondern endlich im Geiste Liebknechts-Luxemburgs zu handeln — das ist die würdigste Gedächtnisfeier am 15. Januar.

*

Im Geiste des ermordeten Spartakus zu handeln bedeutet jedoch nicht, in sklavischer Anbetung zu Liebknecht-Luxemburg aufzublicken oder gar mit diesen großen Toten einen solchen Götzendienst zu treiben, wie es die KPD. am zehnten Jahrestage der Januarschlacht besonders bombastisch tut. Die hinter der KPD.-Fahne marschierenden Arbeiter haben in erster Linie alle Ursache, einmal sich zu fragen, ob die leninistischen Führer noch als politische Erben der toten Begründer des Spartakusbundes gelten können.

Ein Streit darüber, wo Karl und Rosa heute politisch ständen, wenn sie lebten, ist allerdings zwecklos vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes. Denn die sozialistische Revolution ist keine Führerfrage, sondern ureigenste Angelegenheit der proletarischen Massen. Gewiß ist die Rolle der Führer im Klassenkampf nicht nebensächlich, doch ausschlaggebend ist und bleibt das politische Handeln der Massen. Das hat schon der Zusammenbruch der Novemberrevolution 1918 bewiesen und nicht zuletzt das Scheitern des Spartakusaufstandes selbst. Anderseits steht es den heutigen KPD.-Führern schlecht an, sich als Testamentsvollstrecker Liebknechts-Luxemburgs aufzuspielen. Denn das Jahrzehnt vor dem Spartakuskampf zeigt, daß für den Kampf Karls und Rosas nie die opportunistische Parole „Massen um jeden Preis" richtunggebend war. Die Einheitsfrontpolitik der heutigen KPD. gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften haben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg oft genug als Preisgabe revolutionärer Grundsätze angeprangert und sind dabei auch nicht vor dem radikalen Bruch mit der Organisationsdisziplin zurückgeschreckt. Liebknecht hat offen die Sprengung solcher Organisationen, welche zur Fessel des Klassenkampfes geworden sind, proklamiert und damit ein vernichtendes Urteil über die leninistische Zellentaktik in den freigelben Gewerkschaften gefällt. Rosa Luxemburg hat bereits 1918 die bolschewistische Agrarpolitik in Rußland als antisozialistische Methode gekennzeichnet und dieser ihr Standpunkt ist durch die kapitalistischen Resultate der NEP. glänzend gerechtfertigt worden. Die Antwort auf die Frage, wie Karl und Rosa heute politisch stehen würden, können wir also ruhig der Geschichte überlassen. Die KPD. in ihrer opportunistischen Versumpfung, die zur Bettgenossenschaft mit den gewerkschaftlichen Henkern des Spartakus herabgesunken ist, hat wahrlich allen Grund, dieses Urteil der Geschichte über die politischen Erben Liebknechts-Luxemburgs zu fürchten.

*

„Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muß von den Massen und aus den Massen heraus neu geschaffen werden. Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird." So schrieb Rosa Luxemburg in ihrem letzten Artikel über die Niederwerfung der Januarkämpfer, dem gesamten Proletariat die wichtigste Lehre einer revolutionären Schlacht aufzeigend.

Und das ist in der Tat die einschneidende Erfahrung, die das Proletariat vor zehn Jahren mit unerhörtem Blutopfer erkaufen mußte: Die Führung der Januarschlacht mußte versagen schon deshalb, weil die Massen der Betriebe noch dem Befehl der reformistischen Gewerkschaften folgten. Das Proletariat besaß in den Gewerkschaften eine Organisation, die alles unterließ, was eine revolutionäre Klassenpolitik an sozialistischer Zielsetzung erforderte. Die kämpfenden Arbeiter sahen wohl den schleichenden Verrat und die konterrevolutionäre Konzentration der Ebert-Meute, aber sie legten zu wenig Gewicht auf die ökonomische Seite des revolutionären Machtkampfes. Sie vergaßen, neben der Eroberung politischer Positionen die Hand nach den Produktionsmitteln — nach dem gesellschaftlichen Lebensnerv der Bourgeoisie — auszustrecken! Die Arbeiterräte standen noch zu sehr unter dem Einfluß sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Politik, als daß sie in den Betrieben die proletarischen Bataillone zum Massensturm auf die kapitalistischen Zwingburgen mobilisieren konnten. Diese durch die reformistische Führerpolitik bedingte Unklarheit und Passivität der Massen war vor allem der Faktor, der die Januarschlacht 1919 zugunsten der Konterrevolution entschied.

*

Im Januar 1929 steht die Arbeiterschaft noch immer vor der großen Aufgabe, das Vermächtnis ihrer von den Noskiden wie Hunde niedergeschossenen Klassengenossen zu erfüllen. Die Proletariermassen müssen endlich die Mahnung Rosa Luxemburgs begreifen, daß nur sie allein der Fels sind, auf dem der Endsieg der sozialen Revolution ruht. Die Erkenntnis dessen bedeutet: Keine Gemeinschaft mit den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Führern, die vor zehn Jahren die konterrevolutionären Mördertruppen aufstellten und seitdem stets als Organisatoren des Arbeiterverrats fungierten. Und keine Gemeinschaft auch mit den leninistischen Führern, die heute praktisch eine Politik des Burgfriedens mit den reformistischen Henkern der Spartakuskämpfer treiben.

Von den Massen und aus den Massen heraus muß die proletarische Kampfesführung geschaffen werden, wenn der Sozialismus lebendige Wirklichkeit werden soll. Das heißt in die Praxis umgesetzt: Zertrümmerung des heute konterrevolutionären Joches der reformistischen Organisationen und Zusammenschluß der Proletarier als Klasse in den revolutionären Betriebsorganisationen der

Trotz alledem!

Von Karl Liebknecht.

Ob sie uns auch zerbrechen —
Sie beugen uns doch nicht —
Und ch' der Tag vergangen,
Steh'n wir frisch aufgerich't.

Von tausend Niederlagen
Erheben wir uns frei
Zu immer kühner'm Schlagen
In immer bess'rer Reih',

Ob sie die Flamm' ersticken,
Der Funke heiß sich regt,
Und über Nacht zum Himmel
Die neue Flamme schlägt.

Und ob das Ziel, das hohe,
Entwichen scheint und fern,
Es kommt der Tag, der frohe,
Wir trauen unser'm Stern.

Die Gegenwart mag trügen,
Die Zukunft bleibt uns treu —
Ob Hoffnungen verfliegen,
Sie wachsen immer neu.

Aus Nichts wird alles werden,
Eh' sie es noch gedacht,
Trotz ihrer Machtgebärden,
Wir spotten ihrer Macht.

Bald werden sie zerstieben,
Wie Gischt am Felsenstrand,
Schon winkt aus Nebeltrüben
Das heißersehnte Land.

Es gibt auf Erdenrunden
Nichts, was uns zwingen kann:
Kein Gift und keine Wunden,
Kein Teufel und kein Bann!